

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 5. Juni 1920
11. Jahrg. Nummer 127

Preis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,50 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 M., unter Einschluß 3,00 M. Kugelpostpreis. Die bezugsfreie Illustrierung über deren Raum 12 Pf., Bezugs- und Versammlungsbefreiung 6 Pf. Kellamereis: Die bezugsfreie Illustrierung über deren Raum im Text 12 Pf. — Schluß der Inseratenannahme ist der Haupt-Expedition über: in den Mittel-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Section der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Richard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Berlin 10, Köpenicker Str. 60, Tel. 100 00.
Vertretung: Berlin 44, Kottbusser Str. 10, Tel. 100 00.
Korrespondenz: Berlin 44, Kottbusser Str. 10, Tel. 100 00.
Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. Illustrierung: Berlin 10, Köpenicker Str. 60, Tel. 100 00.
Druck: Berlin 10, Köpenicker Str. 60, Tel. 100 00.

Sozialdemokratie lehnt Rinderspeisung ab!

Dafür verschärfter Zollwucher, Erhöhung der Zölle auf Fleisch, Butter und Brot geplant

(Eig. Ber.) Berlin, 3. Juni.

Die Reichstagspause aus Anlaß des SPD-Parteitages ist beendet. Raum ist der Magdeburger Phrasenschwall verklungen, sprechen die Regierungskollegen der Herrmann Müller ihre eigene Sprache, die Sprache der Wirklichkeit. Es ist bestimmt kein Zufall, daß die erste Sitzung des Reichstages nach dem SPD-Parteitag im Zeichen des Angriffs der Zollwucherpartei auf die Erhöhung der wichtigsten Lebensmittelpreise steht. Der Sozialdemokrat Böbe hatte nichts Eiligeres zu tun, als die deutschnationalen Anträge auf Zollerhöhung schon auf die Tagesordnung der ersten Sitzung zu stellen. Und das Ergebnis der Debatte? Die bürgerlichen Redner sprachen offen aus, daß sie hinter den Zollforderungen der Großagrarien stehen, und die Sozialdemokraten gingen wieder einmal wie die Kacke um den heißen Brei. Frau Buzin tat so, als ob ihr von den Zollwucherplänen der Reichsregierung nichts bekannt sei. Auch der Sozialdemokrat Tempel trat als unwissender Unschuldsengel auf.

Es liegt in der Natur der Regierung, daß sie wenig Aufhebens von ihren Plänen machen will. Aber wieder waren es die Deutschnationalen, die Partei der Junker, die den Reichsernährungsminister zwingen, in öffentlicher Sitzung feste Versprechungen abzugeben. Und Dietrich erklärte, während die Deutschnationalen dazu schmunzelten, daß noch vor den Sommerferien des Reichstages die Zollfragen gemäß den Wünschen der Agrarier erledigt werden.

Für den Genossen Hörnle, der im Auftrage der kommunistischen Fraktion sprach, war es natürlich nicht schwer, an Hand des

schon vorhandenen Materials die Zollwucherpläne der Regierung zu enthüllen. In scharfer Rede umriß Genosse Hörnle die gesamte Tätigkeit der jetzigen Regierung auf dem Gebiete der Volksernährung. Die von ihm vorgetragene Beweise für den unerhörten Zollwucher, die neuen Zollpläne berechneten zu der Feststellung, daß die Herrmann Müller-Regierung die Aushungerungspolitik des Bürgerblods noch weit übertrifft. Wegen dieser Politik des Hungers muß die gesamte Arbeiterklasse den schärfsten Kampf führen.

Bei der Abstimmung zum Ernährungsetat beantragte die kommunistische Fraktion,

für Rinderspeisung 5 Millionen Mark einzusetzen.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD mit 262 gegen 54 Stimmen abgelehnt. (Lebhafte Proteste der Kommunisten.) Eine Mehrheit von Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten fand sich also zur Niederstimmung des kommunistischen Antrages. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die mit der Parole: Für Rinderspeisungen — gegen Panzerkreuzer! in den Wahlkampf zogen, stehen wiederum vor dem gesamten werktätigen Volke als die überführten Betrüger. Keine 5 Millionen für Rinderspeisungen, aber 500 Millionen für den Bau einer Serie von Panzerschiffen, Hunderte von Millionen für Aufrüstung, Reichswehr, Schupo, Kirche, Liebesgaben für die Junker, keinen Pfennig für die unterernährten, tuberkulösen, rachitischen Kinder. — Selbstverständlich lehnte die gleiche Mehrheit auch den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Reichsernährungsminister ab!

Severing gesteht:

KPD. muß wegen ihrer wachsenden Stärke unterdrückt werden

Breslau, 4. Juni.

Die „All.“ berichtet, hielt der Reichsinnenminister Severing zur Eröffnung der Festschen Polizeiwache in Darmstadt eine längere Rede, in der er u. a. über das Verbot des KZV und die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kommunistische Partei sprach. Auf diese sehr bedeutende Rede kommen wir noch zurück. Heute wollen wir nur hervorheben das offene Eingeständnis des Reichsinnenministers, daß alle Unterdrückungsmaßnahmen der Sozialfaschisten gegen das revolutionäre Proletariat diktiert sind von der Furcht vor der wachsenden Stärke der kommunistischen Partei. Severing jagte unter anderem:

„Gewiß sei die Gefahr eines Umsturzes nicht akut. Insbesondere nicht, wenn die Revolution vorher angekündigt werde. Aber in einer Zeit dauernden wirtschaftlichen Abstieges und jahrelanger Arbeitslosigkeit könnte die kommunistische Partei doch eine gefährliche Stärke erhalten.“

Nun wissen es die Arbeiter aus dem Munde des „Meinen Metallarbeiters“:

Das Jörgiebel-Verbot, die Niederschlagung der demonstrierenden Arbeiter am 1. Mai, das Verbot des KZV, die Unterdrückung der kommunistischen Presse sowie alle anderen Maßnahmen der Sozialfaschisten gegen das revolutionäre Proletariat waren und sind erfolgt, um den Vormarsch der kommunistischen Partei aufzuhalten!

Über des Militarismus

Zugungslid auf dem Bahnhof Lausnig

Vier Reichswehrsoldaten getötet

Mit Dresden, 3. Juni. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache ist ein von Schlesien nach Königsbrück bestimmter Güterzug auf dem Bahnhof Lausnig nachmittags 1:46 Uhr mit Reichswehrmannschaften und Pferden entgleist und umgestürzt. Bei dem Unfall wurden vier Reichswehrsoldaten getötet und zwei leicht verletzt. Die Leichver-

letzten wurden nach dem Garnisonlazarett in Königsbrück gebracht. Der Betrieb wird nur wenige Stunden unterbrochen werden.

Die 1. Eskadron des Reiterregiments 7 liegt in der Breslauer Kürassierkaserne, die 7. Eskadron in Breslau-Carlowitz.

150000 M. für Empfang des König Fuad

Im Haushaltsanschluß des Reichstages wurden gestern gegen die Stimmen der Kommunisten für den bevorstehenden Empfang des ägyptischen Königs Fuad 150 000 Mark bewilligt.

Der große Empfangsrummel, der für den 5. Juli angelegt ist, kann also, mit Hermann Müller und Hindenburg an der Spitze, steigen.

Das 28. Todesopfer Jörgiebels

Durch Dumbumgeschosse verletzt

Eigener Bericht. Berlin, 3. Juni.

An den Folgen einer Schußverletzung, die sie während der Maiunruhen in der Köppler Straße erhalten hatte, verstarb im Birchow-Krankenhaus die 24 Jahre alte Erna Rosenberger von der Köppler Straße 2. Die „Nachtausgabe“ berichtet, im Birchow-Krankenhaus sei festgestellt worden, daß die Verletzungen der Verstorbenen von Dumbumgeschossen stammten.

Provokation bei der Eröffnung des Gattler-Verbandstages

Am 3. Juni wurde in Dresden der Verbandstag der Gattler, Tapezierer und Portefeuillier eröffnet. Auf Anweisung des Vorstandes wurde dem Berichterstatter des kommunistischen Pressebüros der Zutritt verweigert.

Zu dieser Provokation haben die Mitglieder des Verbandes Stellung zu nehmen und ihr Urteil zu sprechen.

Severings Diktatur auf dem Marsch!

Demonstrationsverbot aufgehoben — faschistische Provokationen gegen die KPD. geplant

(Eig. Ber.) Berlin, 3. Juni.

Der Berliner Polizeipräsident Jörgiebel hat das Demonstrationsverbot für die KPD. aufgehoben. Die Hugenberg-Presse wird dies zum Anlaß einer noch schärferen Hege gegen die KPD. nehmen, die Ulstein-Presse wird mit liberalem Augenaufschlag dem „Montag-Morgen“ folgen, der Herr Jörgiebel fragt, „ob eine unbeschränkte Demonstrationsfreiheit überhaupt wünschenswert ist“, und die sozialdemokratischen Blätter werden den Polizeifaschisten Jörgiebel und sein „demokratisches Gerechtigkeitsgefühl“ loben.

Was aber ist der Zweck der Hege? — Severings Diktaturrede in Magdeburg und der Beifall der sozialfaschistischen Führerclique hat mit aller Deutlichkeit den Willen zur schärfsten Verfolgung und Unterdrückung der kommunistischen Bewegung gezeigt. Der Befehl an Jörgiebel, das Demonstrationsverbot aufzuheben, war also von wesentlich anderen Motiven diktiert, als von „demokratischen Grundsätzen“. Die steigende Protestwelle gegen die Verfolgung der revolutionären Arbeiterschaft, die wachsende Empörung eines Teils der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen KZV-Verbot, Berliner Blut-Mai und die auf dem SPD-Parteitag sanktionierte Panzerkreuzerpolitik, ließ es den Severing und Wels taktisch klug erscheinen, etwas zurückzuweichen. Sie wollen die KPD. vernichten, um vollkommen den Weg zu ebnen zur Durchsetzung ihrer faschistischen Diktaturpläne im Auftrage der Trustbourgeoisie. Sonst aber halten sie es für notwendig, insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter in „demokratische Illusionen“ einzuwiegen, um sie über die Diktaturpläne zu täuschen und ihren Widerstand gegen das geplante Verbot der gesamten kommunistischen Organisation zu brechen. Die augenblickliche „Loyalität“ gegenüber der KPD. resp. die Aufhebung des Berliner Demonstrationsverbots ist ein Musterbeispiel dafür, wie man die Klassenbewußte Arbeiterschaft durch „demokratische“ Gesten einzufangen gedenkt, um hinter ihrem Rücken desto sicherer alle Vorbereitungen zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur treffen zu können.

So ist es, Herr Severing, Wels und Toni Sender! Wir wissen Bescheid! Die deutschen Arbeiter mögen aufhorchen. Jörgiebel hat den Befehl zur Zurücknahme seines Verbotss von höherer Seite erhalten. Der Zweck ist, durch schamlose faschistische Provokationen gegenüber der KPD. neue Zusammenstöße herbeizuführen, durch blutige Massaker unter der Arbeiterschaft, wie in den Berliner Matagen, die gewünschten Ursachen zum Verbot der kommunistischen Gesamtorganisation herbeizuführen, und um gleichzeitig die Notwendigkeit der von Severing auf dem Magdeburger Parteitag angekündigten Diktatur zu begründen.

Das ist der laubere Plan der sozialfaschistischen Führer. Und die Marschmusik dazu gegen die militärischen Aufmärsche und Rüstungen der faschistischen Banden. Seit dem Verbot des KZV. werden diese in ihrem Auftreten immer frecher. Während Orgelstimmen Geheimbefehle zur schärfsten Verfolgung aller ehemaligen KZV-Kameraden erläßt, können Nationalsozialisten und Stahlhelm ungehindert ihre Mannschaften zum Bürgerkrieg gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vorbereiten. Der Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms am vergangenen Sonntag in München, an dem die ganze Meute der monarchischen Heerführer, Prinzen usw., begrüßt und unterstützt durch ein Telegramm des Stahlhelmschefes Hindenburg, teilnahmen, der von heute an anderer Stelle unseres Blattes veröffentlichte militärische Plan des Stahlhelms zur Besetzung Berlins zeigt deutlich, was ist. Nicht nur vor Berlin hat der Stahlhelm Waffenlager. Vor ungefähr einer Woche wurde im Braunshweig ein Waffenlager der Nationalsozialisten ausgebaut. Im gleichen Dorf konnten am letzten Sonnabend erneut zahlreiche Waffen beschlagnahmt werden. Allein dieses Waffenlager der Nazis enthält vier Maschinengewehre und über 100 Infanteriegewehre, nebst zahlreicher Munition. Herr Severing aber denkt nicht daran, irgendwelche Maßnahmen gegen die faschistischen Banden zu treffen oder sie gar zu verbieten. Er braucht sie zur gegebenen Zeit als Hilfstruppen zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft, wenn diese sich gegen die Durchführung seiner faschistischen Diktatur wenden wird.

Die deutsche Arbeiterschaft steht vor schweren Kämpfen. Die KPD. kennt ihre revolutionäre Pflicht. Sie weiß die Aufhebung des Berliner Demonstrationsverbots nach dem ihr bekannten Tatsachen richtig einzuschätzen. Den sozialfaschistischen Führern wird ihr blutiger provokatorischer Plan nicht gelingen. Unsere Partei wird genau so wenig auf derartige Vortäuschungs-Methoden hereinfallen, wie sie sich niemals durch die Trustbourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Sateliten den Zeitpunkt zur Durchführung des revolutionären Aufstandes diktieren läßt. Das deutsche Proletariat und insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter aber müssen sich heute klar sein lassen: nur die KPD. allein kann alle Klassenbewußten Arbeiter um sich sammeln, weil nur sie den Kampf gegen die faschistischen Banden, gegen die faschistischen Diktaturpläne Severings, zur Niederschlagung der Bourgeoisie führen kann.

Stahlhelmarmy in München

Proletarische Gegendemonstrationen — Faschisten provozieren blutige Zusammenstöße

Über den Verlauf des Stahlhelmarmy in München erhalten wir jetzt noch folgende interessante Mitteilungen: Die bayrische Regierung hatte mit allen Mitteln versucht, schon längere Zeit vor dem Reichsfrontsoldatentag alle proletarischen Gegendemonstrationen zu unterdrücken. Unser Bruderorgan, die „Neue Weltung“ wurde allein fünfmal beschlagnahmt, weil sie die Arbeiterschaft gegen den Stahlhelmarmy und zur Gegendemonstration aufgerufen hat. Ähnliche Versammlungen der SPD, selbst der roten Hilfe usw., wurden in der Vorwoche und am Stahlhelmtag selbst verboten.

Zum Empfang des Stahlhelms hatte wohl die Bourgeoisie gemagt, aber bei der Münchener Arbeiterschaft, insbesondere in den Arbeiterbezirken, stiegen die Faschisten auf wütende Ablehnung und Gegenwehr. Eine ganze Reihe von Stahlhelmen drachten offen zum Ausdruck, daß sie sich gerade in München einen besseren Empfang vorgestellt hätten!

Die Stahlhelmer übten sich dafür in blutigen Provokationen und Überfällen auf die Arbeiterschaft. Als z. B. am Sonnabend eine Kindergruppe einen Propagandaflug nach Baling machte, wurde sie am Münchener Hauptbahnhof von Stahlhelmen überfallen, ihrer Hymne beraubt, und nur durch das Eingreifen von Passanten, die schließlich gegen die Stahlhelmer Stellung nahmen, vor Mißhandlungen geschützt. In Giesing und Westend wurden die ankommendenzüge von den Arbeitern mit „Rot Front!“ usw. empfangen. Bis nachts 12 Uhr „säuberte“ die Polizei immer und immer wieder die Straße von gegendemonstrierenden Arbeitern, um den Faschisten freie Bahn zu schaffen. Dabei arbeiteten die letzteren, da sie ausnahmslos mit Gummitrüppeln und Stahlruten bewaffnet waren, mit der Polizei Hand in Hand. Vielen Arbeitern zeigten die Faschisten ihre Brownings vor, mit dem Bemerkens: „Ihr könnt ja nichts machen, wir sind heute gut ausgerüstet“. In Westend kam es infolge des provozierenden Auftretens der Stahlhelmer zu einem schweren Zusammenstoß, nach dem eine Anzahl von Stahlhelmen weggetragen werden mußte. Auch in einer Anzahl von Arbeiterkolonnen gab es Zusammenstöße. Während dieser Tage drangen Polizei und Faschisten vielfach in Arbeiterwohnhäusern ein und erzwangen die Entfernung der herausgehängten roten Fahnen. Eine große Anzahl von Arbeitern wurde unter dem Vorwand der Faschisten verhaftet und meistens mit Handschellen gefesselt abgeführt.

Der Stahlhelmarmy in München hat in drastischer Weise gezeigt, wie sicher sich die Faschistenbündler unter dem sozialdemokratischen Innenminister Severing fühlen. Dieser hat nur Zeit zum Kampf gegen den KPS.

Der Jakubowski-Prozess

Die Schuldigen des Justizmordes vernommen

Neu-Strell, 4. Juni. In der gestrigen Verhandlung im Jakubowski-Prozess stellte zunächst der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Brandt, den Antrag, den Wäschereibesitzer Gröbner aus Magdeburg, der die Hinrichtung Jakubowskis vollzogen hat, zu vernehmen. Dieser werde betonen können, daß Jakubowski bis zuletzt seine Unschuld beteuert hat. Es wurde gemäß dem Antrage beschloffen.

Als Zeuge wurde dann Oberstaatsanwalt Müller, der Vertreter der Anklage im Jakubowski-Prozess, vernommen. Der Vorsitzende sah vorläufig von einer Vernehmung ab. Auf die Frage des Vorsitzenden: „Nachdem der Pferdewechter August Rogens schwer belästigt wurde, warum haben Sie darauf August Rogens nicht verhaften lassen?“ antwortete Müller: „Für mich bestand kein Verdacht, daß August Rogens irgendwie an der Tat beteiligt war!“

Sodann wurde eine nach der Hinrichtung Jakubowskis abgehaltene Konferenz erörtert, an der Oberstaatsanwalt Müller, Landesgerichtspräsident von Buchta und Staatsminister Dr. Hustedt teilgenommen haben sollen. In diese Sitzung soll Oberstaatsanwalt Müller bereits einen Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung gegen Rogens und Genossen mitgebracht haben. Als Müller aus dieser Sitzung zurückkehrte, sei, so wird behauptet, dieser Antrag jedoch wieder von ihm vernichtet worden. Dazu erklärt Oberstaatsanwalt Müller heute: Ich kann mich dieser Konferenz nicht mehr erinnern (!). Der Zeuge erklärte dann auf Befragen, er habe durch den Eindruck gehabt, daß der idiotische Hannes Glaubwürdig gewesen sei (!).

Als nächster wird Dr. Hustedt vernommen, der zusammen mit dem Minister Schwabe den Gnadenakt ablehnte, und die Vollstreckung des Urteils verfügte. Ganz unnötigerweise plustert er sich gewaltig auf. Er finde es „unerhört“, daß der Pfarrer schriebe, er und seine Kollegen seien der Ansicht, daß die Verurteilung nicht erfolgt wäre, wenn es sich bei dem Täter statt um einen Russen etwa um einen Medlenburger gehandelt hätte. Auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Brandt, ob ihm Dr. Koch selbst mitgeteilt habe, daß er Jakubowski für schuldig halte, erklärte Dr. Hustedt, die Angaben des ihm bekannten Oberstaatsanwalts „gerühten“. Dr. Brandt fragte darauf, ob er nicht einmal in Berlin gefragt habe, er könne die Aufregung nicht verstehen, es handele sich doch nur um einen Russen. Dr. Hustedt erwiderte

darauf, er „halte“ es für ausgeschlossen, etwas ähnliches geäußert zu haben.

Dann erfolgt die Vernehmung des Vorsitzenden des Schourgerichts, der das Todesurteil verkündete, Landesgerichtspräsident von Buchta. Der Vorsitzende teilt dazu mit, daß seitens der Olga für Menschenrechte gegen den Oberstaatsanwalt Müller und den Landesgerichtspräsidenten von Buchta ein Strafantrag wegen Amtsverbrechen bei der Neustädter Staatsanwaltschaft vorliegt. Rechtsanwalt Dr. Brandt fragt Buchta: Können Sie noch aus dem Gedächtnis prüfen, worauf die Feststellung, daß Jakubowski der mitleidige Vater des kleinen Erwald sei, basierte? Der Zeuge von Buchta

Vom Tage

Die aus Kammer und Senat bestehende griechische „Nationalversammlung“ wählte mit 259 Stimmen Konduriotis zum Präsidenten der Republik.

Das konservative Kabinett Baldwin hat, nach einer „Lil.“-Meldung aus London, beschlossen, seinen Sturz nicht abzuwarten und dem König die Demission zu überreichen.

Außenminister Briand wird heute Paris verlassen, um sich zur Ratstagung nach Madrid zu begeben.

Dr. Schacht teilte Owen Young in einem Brief mit, daß die deutsche Regierung bereit sei, mit der belgischen Regierung in Verhandlungen über die Markfrage einzutreten, und daß zum Sonderbeauftragten der deutschen Regierung Ministerialdirektor Ritter ernannt worden ist.

Im Rajchauer Menschenresser-Prozess legte der Zigeunerhauptmann Filke ein umfassendes Geständnis aller ihm zur Last gelegten sechs Morde ab.

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG

Roman aus dem Kapp-Putsch

Kopprights 1929 by Greifenverlag, Rudolfstadt 23

Wenn er nun aber nicht kam? Wenn er sie vergaß? — Er mußte noch im Hause sein, hatte eine Sitzung, während die hier russische Todesangst ausstand. Wenn er sich nur mit ihm in Verbindung setzen könnte? Ihn einen Zettel schicken? Aber die erwarteten Geschlechter der Soldaten blühten unnahbar drein.

„Hilfe rufen?“ — Wenn sie zu dreien riefen, müßte es durch das ganze Haus dröhnen. Aber wenn es nun doch nur ein Scherz war? — Im Geiste sah er schon die häßlich grünenden Geschlechter der Offiziere. Nein, das war ja alles Unfug, und zum soundsovielen Male hämmerte in seinem Gehirn der Satz: „Sie werden es nicht wagen!“

Aber sie wagten es doch! Ein Stahlhelmer Offizier öffnete die Tür, und man führte sie schnell über den teppichbelegten Gang zur Straße. Draußen knatterte schon der Sakfräsewagen, auf dessen Führerbank man saßen ein Maschinengewehr schußfertig machte. Hinter einem blickten Militärleutnant wartete eine große Menschenmenge auf den Abtransport der drei Arbeiterführer, die vergeblich versuchten, jemand zu erkennen.

Den wie irrtümlich blickenden Köpfer mußten die Soldaten hinausschieben. Oberst sah manche Umstände. „Wo soll das hingehen, ich protestiere!“

„Ja, nachher, Kamerad, jetzt haben wir keine Zeit, wir fahren ja nicht weit“, antwortete einer, und Oberst schloß daraus, daß man sie nur woanders hinführe. Die Fenster des Hotels waren von Front- und Militärpersonen besetzt, die den Vorgang wie ein Schauspiel durch Ferngläser betrachteten.

„Dort im ersten Stock, war das nicht der Epithet und die Blase des Geistes?“ — Aber die sieben aufsteigenden Soldaten verperrten ihm die Aussicht; als er wieder hinaus, war der Platz leer.

Die Soldaten setzten sich mit schußfertigen Gewehren auf die Umrandung des Hofes, während die drei Arbeiter sich auf den Boden hocken mußten. Mit einem Ruck sprang der Wagen an.

„Das also war das Ende?“

Peter Ruders sah das in Anbetracht der Umstände und der schwarzen Frühlingssonne noch etwas unwahrscheinlich vor. Sein hartes Leben, voller Entbehrung, Sorge, Kampf und niebrochen Kampf

stimmte an ihm vorüber. Wie wohl seine Frau sich drein schiden würde? — Und die Kinder? — Ob ihnen wirklich nichts passiert war? ... Merkwürdig, daß er gerade jetzt daran denken mußte, daß Hannes als kleiner Junge immer so gerne Schuster spielte. —

Einer Eingebung folgend, zog er seine zerkaute Stummelpfeife und begann kalt zu rauchen. Die Kerle sollten sehen, daß er sich nicht fürchtete! Tausende waren vor ihm diesen qualvollen Weg gegangen. Tausende würden ihn noch gehen müssen, ehe die geeinte Kraft des Proletariats allem Norden und Etandbreiten ein Ende macht.

Seine Blick fiel auf den sozialdemokratischen Schicksalsgenossen, der dumpf ins Leere starrte. Beinahe hätte der die Märtyrerkrone allein getragen, und von Peter Ruders und seinesgleichen hätte es geheißen: „Sie haben sich geirrt!“ Unter dieser geirrenden Beschuldigung waren die ganzen Lehren der zwei Wochen Ruhrkampf erklärt.

Ein entschlossener Zug kam um seinen Mund. Nein, er fiel hier nicht um, wenn ihm auch der Tod auf der Barrikade zehnmal lieber gewesen wäre.

Ein Soldat sah die kalte Pfeife des Zurückgebliebenen und reichte ihm eine Zigarette. Ruders blickte auf die Zigarette — auf den Spender, der ihm ein brennendes Streichholz entgegenhielt — dann nickte sein Wille über die Begierde, und in großem Bogen flog sie auf die Straße.

„Jetzt werden sie mit uns links ab zum Gefängnis fahren und dann sagen: So, für diesmal habt ihr an dem Schreck genug.“ In ihr es ihm plötzlich durch den Kopf — aber das Auto nahm den Weg rechts hinaus nach den Kiesgruben. — — —

20. Kapitel

Über der alten Rheinstraße Köln ging ein brüderlich schwallen Angusttag zu Ende. Asphalt und Dächer dampften noch von einem Gewitterregen, der aber keinerlei Abkühlung gebracht hatte. Im offenen Schloßpark eines kleinen Cafés der hohen Straße lag ein junger Mann, in die Letztüre der „Sozialistischen Republik“ vertieft. Er bemerkte nicht, daß ein Vorübergehender — seiner Wanderleistung nach anscheinend ein durchreisender Fremder — neben ihm und ihn aufmerksam betrachtete. Endlich blickte der Lebende auf, seine Augen begegneten denen des brüderlich stehenden, und ein freundliches Erwidern flog über seine Züge.

„Große — Ray — bist du es wirklich? — Der andere reichte ihm lächelnd die Hand. „Guten Abend, Ernst! Lange nicht gesehen und doch gleich wiedererkannt!“

konnte hierüber bestim mit e Angaben nicht machen. Rechtsanwalt Dr. Brandt: Sie haben im Urteil beim Jakubowski-Prozess festgestellt, daß Jakubowski nicht linderlieb gewesen sei. Warum ist in dem ganzen Urteil die Bekundung der Frau Mey, daß Jakubowski ein freundlicher und linderlieb Mensch war, nicht enthalten? Hierüber konnte Landgerichtspräsident von Buchta keine Angaben machen, wie er überhaupt auf verschiedene Fragen erklärte, daß er sich nicht mehr genau entsinnen könne. (!) Am Schluß der Vernehmung entspann sich eine Erörterung über die Vererbigung des Oberstaatsanwalts Müller, die Rechtsanwalt Dr. Brandt wegen Verdachts der Beschäftigung nicht vorzunehmen beantragte. Die Zeugen von Buchta und Hustedt wurden verabschiedet.

Belgische Forderungen auf der Reparationskonferenz

Die bürgerliche Presse behandelt die belgischen Forderungen in großer Aufmachung. Die belgischen Forderungen gliedern darin, daß sie 37 Jahre lang je 25 Millionen zu bekommen haben zur Entschädigung ihrer Verluste während des Krieges. Stresemann hat demgegenüber dem belgischen Gesandten bereits am Freitag einen fest umrissenen Vorschlag gemacht, dessen Inhalt bezeichnenderweise der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt wird. Diese Differenz wird selbstverständlich keinerlei Veränderung in den Reparationsentscheidungen mit sich bringen. Das letzte „Hindernis“ für die Einigung auf Kosten des deutschen Proletariats dürfte mit dem Kompromiß in der Frage der belgischen Forderung beseitigt sein.

Hauseinsturz in Neapel

Drei Tote und 30 Verwundete geborgen

Lil. Rom, 3. Juni. In Neapel stürzte am Sonntagabend auf dem Corso Victor Emanuel ein fünfstöckiges Mietshaus ein. Das Haus hatte schon seit einiger Zeit bedrohliche Sprünge gezeigt. Es war deshalb kürzlich einer Reparatur unterzogen worden. Nachdem noch am Sonntagmorgen der Hausbesitzer dem Hauswart erklärt hatte, daß nunmehr keine Gefahr mehr bestehe, fielen um 8 Uhr abends mit großem Krachen mehrere Balken auf die Straße hinab. Die Bewohner hatten keine Zeit, sich auf dieses Warnungszeichen hin in Sicherheit zu bringen, denn wenige Sekunden später sank unter dem Geräusch der Erde und unter den Bergefallungsschreien der Bewohner der große Mittelbau des Hauses unter einer Staubwolke in sich zusammen. Ein Teil der Hausbewohner wurde unter mehreren Hundert Doppelzentnern Schutt begraben. Polizei und Pioniere, die sofort zur Hilfeleistung herbeieilten, konnten bald drei Tote bergen. Außerdem wurden über 30 Verwundete aus dem Trümmerhaufen ausgegraben. Sie hatten zum Teil schwere Verletzungen, zum Teil Nervenschocks davongetragen. Die Aufräumungs- und Bergungsarbeiten waren am Montagnachmittag noch nicht beendet. Man vermutet, daß sich noch mehr Menschen unter den Schuttmassen befinden. Bisher ließ sich nicht feststellen, wieviel Personen sich zur Zeit des Unglücks in dem Hause aufgehalten hatten.

Genossen!

Habt Ihr schon die Bestellung für die **WOCHENAUSGABE** der „Arbeiter-Zeitung“ aufgegeben?



Sultrow starrte seinen Gast mit offenem Munde an. „Stehen denn die Toten wieder auf? — Überall wurde erzählt, daß du unter den sechzehn Genossen warst, die bei Weikum den Rückzug deckten und als Gefangene erschossen wurden.“

„Das erstere stimmt schon, das zweite nur zum Teil, wie du ja selber siehst. Ich wurde verwundet — hier sieh, der rechte Arm ist steif — aber Unkraut vergeht nicht.“ antwortete Große, Platz nehmend.

„Du siehst auch recht schlecht aus! Und ganz grau bist du an den Schläfen geworden“, bemerkte der einsilbige Kampfgenosse, der vor Aufregung noch förmlich zitterte.

„Da soll ein verfehlter Nerv dran schuld sein, vielleicht aber ist's auch ... ich habe allerlei durchgemacht!“ — Er starrte verlassen ins Leere, als ob vor seinem geistigen Auge die furchtbaren Bilder der Vergangenheit auftauchten.

„Und wie bist du davongekommen? Willst du nicht erzählen?“ ermunterte Sultrow. Der andere fuhr wie aus einem Traume auf. „Ja, so — natürlich; aber wie bist du denn an dem bewährtesten Morgen aus Buldingath herausgekommen?“

„Biel zu erzählen ist dabei nicht, zumal die ganze Geschichte kein besonderes Ruhmesblatt für uns war“, sagte Sultrow. — — —

„Du meinst wegen der Panitz? Ja, das mache ich mir heute noch zum Bismarck. Wir hätten nicht blind auf die gegebenen Versprechungen bauen dürfen, bessere Vorsichtsmaßnahmen treffen müssen. Ruders warnte mich noch am Abend vorher. Aber wer dachte auch an solch niederträchtigen Überfall!“

„Im Bürgerkrieg gelten eben in jeder Beziehung andere Regeln. Hoffentlich bist du nun von deinen Illusionen geheilt?“

„Das schon, aber wir haben es teuer bezahlen müssen“, fuhr Sultrow ernst fort. „Wir hatten uns zu sechzig oder achtzig Mann nach dem Firschof zurückgezogen. Bald darauf begann das Trommelfeuer der 105-Granaten. Die Mehrzahl unserer Leute war schon so demoralisiert, daß sie mehr an Dedung als an Widerstand dachten. Jemand, der einige Tage später den Firschof zur sehen Gelegenheit hatte, schilderte ihn als ein einziges Trichterfeld. Als die Soldaten fürchteten, war kein einziges Maschinengewehr mehr intakt. Alles, was der Reichswehr noch lebend in die Hände fiel, wurde sofort an Ort und Stelle niedergemacht.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Ernst Dombrowski, für den literarischen Teil Wilhelm Diebold, für den „Arbeiter-Zeitung“ und die übrigen Beilagen Alfred Thomsen, sämtlich in Kassel. — Für den wissenschaftlichen Teil Gerhard Schulz, Gießen. — Für die Inserate Dr. Walter Kraske.

Nach dem Magdeburger Parteitag

Vom Sozialimperialismus zum Sozialfaschismus

Von J. Dangel

Es gab in der SPD, und auch in der Komintern Genossen, die glaubten, daß mit dem 4. August 1914 die Entwicklung des Reformismus zum Abschluß gekommen sei. Noch stürzte er in Deutschland diese falsche Auffassung vom Charakter der Sozialdemokratischen Partei nach dem Kieler Parteitag hervor. Auf dem Kieler Parteitag entwickelte Hilferding die Theorie des Sozialimperialismus, die Theorie von der Verwirklichung des Sozialismus in der kapitalistischen Gesellschaft, und von der Notwendigkeit der Unterstützung und Förderung dieser kapitalistischen Entwicklung. Diese Theorie bildet freilich auch heute noch die Grundlage für die gesamte Politik der SPD. Man muß hinzufügen, auch die Grundlage für die Politik aller Parteien der II. Internationale. Trotzdem ist die SPD, weder in der Praxis, ihrer Politik, noch in ihrer Ideologie bei dem Kieler Parteitag festgebunden.

Die Genossen in der SPD, die seit der ersten Behandlung der Frage der Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei zum Sozialfaschismus bis heute die Auffassung über eine solche Entwicklung ablehnen, kamen zu ihrer falschen Auffassung über die Entwicklung des Kapitalismus in der dritten Periode. Diese Genossen sehen als das Charakteristische der dritten Periode das Fortschreiten der kapitalistischen Stabilisierung, bemerken nicht, daß sie auch eine Stabilisierung der politischen Stellung der Bourgeoisie an, das heißt, eine Festigung und sogar Erweiterung der Demokratie. Wäre das der Fall, dann wäre allerdings unsere Behauptung von der Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien zum Sozialfaschismus ohne Grundlage und ganz absurd.

Wer die gesamte Konzeption des opportunistischen Flügels der Komintern steht mit der tatsächlichen Entwicklung vollständig im Widerspruch. In Wirklichkeit wachsen die inneren und äußeren Widersprüche und Gegensätze der kapitalistischen Länder in einem rapiden Tempo. Schon der Einwand, daß die Entwicklung zum Sozialfaschismus in solchen Ländern, wie Polen, Rumänien, Jugoslawien, Desterreich und der Tschechoslowakei, auf der Grundlage besonderer Schwierigkeiten vor sich gehe und nicht charakteristisch sei für die allgemeine Entwicklung des Kapitalismus, ist falsch. Jetzt ist ein höchstentwickeltes kapitalistisches Land, Deutschland, in die Phase der Entwicklung zum Sozialfaschismus eingetreten. Die Grundlagen für diese Entwicklung sind eine außerordentliche Verschärfung der ökonomischen Widersprüche im Innern, gesteigert durch die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze, die mit besonderer Wucht die Krise des deutschen Kapitalismus komplizieren und vertiefen. Dadurch ergibt sich eine äußerste Zuspitzung der sozialen Gegensätze, eine revolutionäre Aufwärtsentwicklung im Proletariat, die Verschärfung der Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet.

Hier liegt die wirkliche Ursache für die Krise der Demokratie in Deutschland, nicht in irgendwelchen Traditionserbseinerungen oder dem Parlamentarismus widersprechenden Organisationsformen. Die deutsche Bourgeoisie, die keinen anderen Ausweg aus ihrer krisenhaften Lage als die Verschärfung und Unterdrückung des Proletariats bis zur Vernichtung eines Teiles des Proletariats kennt, drängt zu neuen Formen der politischen Unterdrückung. Die Frage der Errichtung einer offenen Diktatur wird heute in allen Teilen des bürgerlichen Lagers behandelt, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch.

Die Sozialdemokratie als Teil des bürgerlichen Lagers ist davon nicht unberührt geblieben. Sie stellt diese Frage sowohl vom Standpunkt des Lebensinteresses ihrer Partei. Freilich, der auf dem Parteitag den Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gab, mußte eingestehen, daß die Koalitionsregierung die Politik der Bürgerblockregierung in allen wesentlichen Punkten fortgeführt habe. Die krisenhafte Lage des deutschen Imperialismus gestattet der Sozialdemokratie nur noch ein bescheidenes Ausmaß des Wandertierens, das immer enger wird. Von den „Staatsmännern“ der SPD trat auf dem Parteitag einer nach dem andern auf und betonte die Not-

wendigkeit, in der Zukunft, auch in der Opposition, auch in den Wahlkämpfen, Forderungen und Versprechungen einzuschränken. Auch das demagogische Wandertieren in den Parlamenten mußte auf ein Minimum bestmöglich eingeschränkt werden. Mit anderen Worten: die SPD muß offener als bisher die Interessen des Kapitalismus gegen die Interessen des Proletariats verteidigen, sie muß offener als bisher sich für die imperialistische Kriegspolitik der Bourgeoisie einsetzen. Die Zustimmung zum Panzerkreuzerbau, die Sozial- und Steuerpolitik der Bissell und Hilferding, die Wdrofflung der Wirtschaftskämpfe schwächte den Einfluß der SPD in der Arbeiterklasse; aber diese arbeitertunliche Politik wird verstärkt fortgeführt werden, fortgeführt werden müssen. Die sozialfaschistischen Führer wissen sehr gut, daß diese Politik ihnen ihre Basis in den wichtigsten Teilen in der Arbeiterklasse zerstört. Sie begreifen sehr gut, daß die kommunistische Partei gerade in den entscheidenden Industriezentren die Führung der Arbeiterklasse erobert. Aber die SPD hat für die deutsche Bourgeoisie eine lange Bedeutung, als sie die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse für die Zwecke und Ziele des deutschen Imperialismus hinter sich herzuführen in der Lage ist. Eine Sozialdemokratische Partei, die diese Rolle nicht mehr zu spielen vermag, ist für die Bourgeoisie wertlos geworden.

Die Sozialimperialisten versuchten durch sozialfaschistische Methoden in den großen proletarischen Organisationen die kommunistische Partei von den Massen zu isolieren. Zu diesem Zweck spalteten sie die Sportorganisationen, die Freizeitorganisationen, ser-

Textilarbeiter sind ausgesperrt! Arbeiterkorrespondenten

berichtet laufend über alle Vorkommnisse in den Kampfgebieten!

schlugen sie eine Reihe von gewerkschaftlichen Organisationen, vernichteten sie mit brutalem Zynismus jegliche Demokratie in diesen Organisationen und gingen zu Massenabschlüssen über. Freilich, ihr Ziel, die Isolierung der SPD von den Massen, wurde dadurch nicht erreicht. Die Betriebsrätewahlen der letzten Monate zeigten einen ungeheuren Anstieg des kommunistischen Einflusses gerade in den wichtigsten Teilen der Arbeiterklasse.

In dem Maße, wie diese Methoden versagten, ging die Sozialdemokratie dazu über, den Staatsapparat gegen das revolutionäre Proletariat einzusetzen. Es begann mit Verboten örtlicher Organisationen des KPD, mit Demonstrationen, Verhängung des Belagerungszustandes und so fort. Zu einem großen Schlag holten sie am 1. Mai aus. Planmäßig wurde ein Aufbruch unter der Berliner Arbeiterklasse vorbereitet, um einen Vorwand für ein ganzes System der Unterdrückung der kämpfenden Arbeiterklasse zu schaffen. Ohne die Spur einer wirklichen Begründung wurde der KPD verboten, die kommunistische Presse wird mit Argumenten unterdrückt, die selbst die Bürgerblockregierung nicht anzuwenden wagte. Mit einer Intensität ohne Gleichen wird das Verbot der kommunistischen Partei vorbereitet.

Das ist die Lage, wie sie zur Zeit des Magdeburger Parteitages vorhanden ist. Es war kein Zweifel, daß man versuchen würde, auf dem Parteitag eine Rechtfertigung für diese sozialfaschistische Politik zu geben. Das geschah in der Eröffnungssitzung in der Rede des

Parteiorganisierenden Bels. Diese Rede, die ihre Ergänzung in einer Reihe anderer Reden auf dem Parteitag, besonders in der des Reichstagsabgeordneten Hermann Müller fand, ist durch eine unüberborene Deutlichkeit die kommunistische Partei ausgezeichnet. In dieser Rede heißt es u. a.:

„Die allerneueste Parole aber ist, am Antikriegstag, am 1. August 1929, die proletarische Revolution weiterzutreiben unter Anwendung der am 1. Mal gesammelten politischen und technischen Erfahrungen. Das ist die offene Aufforderung zum neuen Aufbruch.“

Der Sinn dieser Ausführung ist kein anderer als die Vorbereitung der eigenen Partei auf das Verbot der kommunistischen Partei.

Aber Bels ging noch weiter. Er, der Blut-Melk, der mitschuldig ist daran, daß im Namen der Demokratie zehntausende Arbeiter abgeschlachtet wurden, droht mit der Diktatur. Mit welcher Diktatur? Natürlich nicht mit der Diktatur des Proletariats, sondern mit einer Diktatur gegen das Proletariat. Die Verhängung von Bels auf dem Magdeburger Parteitag, die er dort unter allgemeiner Zustimmung über die Diktatur gemacht hat, kann nicht anders gewertet werden als die Bereithaltung der Sozialdemokraten, an einer nackten kapitalistischen Diktatur gegen das Proletariat teilzunehmen.

Welche Rolle haben die „Linken“ in dieser Frage gespielt? Diese „Linken“ haben seit dem Kieler Parteitag große „Fortschritte“ gemacht. Die Entwicklung ihrer Partei, ihr Wachstum mit dem Staatsapparat, die tiefe Krise des Kapitalismus zwang sie, sich eines großen Teiles ihres „linken“ Pfaffenpacks zu entledigen. Sie statteten ihnen noch, gegen die Bewilligung des Panzerkreuzers zu sprechen, wobei sie Hermann Müller dadurch lächerlich machte, daß er ihnen sagte, wenn sie schon Opposition machen wollen, dann ständen gegenwärtig wichtigere Fragen auf der Tagesordnung, als der Bau des Panzerkreuzers.

Wenn freilich 133 Delegierte gegen 277 die Erledigung der Panzerkreuzerfrage durch Übergang zur Tagesordnung, wenn 147 Delegierte gegen 244 die Annahme des Bekehrungsprogramms ablehnten, so ist das ein Ausdruck für die tiefe Särung in der sozialdemokratischen Organisation. Der Druck der Arbeiter zwingt die „Linken“ zur Lärmung ihrer vollständigen Kapitulation, zu einer Scheinopposition, die von dem Sprecher der „Linken“, von Sedawitz selbst, als sogenannte Opposition bezeichnet wurde. In Wirklichkeit spielten diese „Linken“ das Spiel des Parteivorstandes. Sie lenkten durch ihre Scheinoppositionellen Phrasen über schon erledigte und längst überholte Fragen von den wichtigsten Problemen, die diesen Parteitag beherrschten, ab. Die ganze Erbärmlichkeit dieser „Linken“ zeigte sich darin, daß die Frage der politischen Unterdrückung des Proletariats durch ihre Partei, die Frage der wirtschaftlichen Straungulierung der Arbeiterklasse durch die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern einerseits und dem kapitalistischen Staat, vertreten durch sozialdemokratische Minister, andererseits überhaupt nicht angeschnitten wurde. Keiner von ihnen sprach auch nur mit einem Wort von dem Verbrechen der Parteigenossen in den Maitagen, von dem Verbrechen des KPD-Verbots, von dem Verbrechen der Unterdrückung der kommunistischen Presse, von dem Verbrechen der Vorbereitung des Verbois der SPD. Von der Opposition gegen die Koalitionspolitik sind sie mitten in den Sozialfaschismus hinübergewechselt. Sie haben nicht nur ihr Einverständnis mit der sozialimperialistischen Koalitionspolitik ihrer Partei erklärt, sie wurden auch zu unbedingten Befehlshabern des sozialfaschistischen Rufes ihrer Partei. Es wäre falsch anzunehmen, daß diese „Linken“ nach ihrem Verhalten auf diesem Parteitag ihren Charakter als die gefährlichsten Gegner des Kommunismus innerhalb der Sozialdemokratie verloren hätten. Ihre Methoden des Betrugs der Arbeiter werden sich ändern. Paul Levi hat in der Rede die Richtung angegeben. Er abstrahierte von der Gegenwart und sprach von Zukunftsproblemen, von der Aufgabe der Arbeiterklasse im Krieg so, als ob die gegenwärtige Politik seiner Partei mit diesen Aufgaben nichts zu tun habe. Diese Methode Paul Levis, die Arbeiter mit dem Klassenkampf in der Zukunft zu verwirren und in der Gegenwart die Kriegspolitik, die Unterdrückungspolitik und den sozialfaschistischen Kurs der SPD, zu befehlen und zu unterstützen, wird bei den „Linken“ Schule machen. Es wird die Aufgabe der kommunistischen Partei sein, unter schärfster Ausnutzung des Verlaufs und des Ergebnisses des Magdeburger Parteitages dieses Spiel der „Linken“ zu durchkreuzen und den Lösungsprozeß sich radikalischer sozialdemokratischer Arbeiter zu beschleunigen.

Erste Schlesiische Delegiertinnen-Konferenz

Die werttätigen Frauen reihen sich aktiv in die Kampffront des revolutionären Proletariats ein

Am Sonntag, dem 2. Juni, fand in Schweidnitz die erste schlesiische Konferenz der werttätigen Frauen statt. Die Konferenz und die mit ihr verbundene Ausstellung wurden im „Volksgarten“ abgehalten. Die Delegiertinnen aus den verschiedenen Orten Schlesiens trafen zum Teil schon am Sonnabend ein. Die Ausstellung erregte allgemeines Interesse. Mit Hilfe von Diagrammen und Bildern schilderte sie die Lage der werttätigen Frau im kapitalistischen Deutschland und in der Sowjetunion. Viele Delegiertinnen machten Notizen, um nach Rückkehr genauer Bericht erstatten zu können.

Die Konferenz begann am Sonntagvormittag. Nach der Eröffnung durch eine Genossin des Vorbereitenden Ausschusses wurde das Präsidium gewählt. Nach der Wahl einer Redaktions- und Mandatsprüfungskommission wurden vor Eintritt in die Tagesordnung die Begrüßungsansprachen gehalten. Im Namen der Bezirksleitung Schlesiens der kommunistischen Partei figurierte Genossin Meyer in kurzen markanten Worten die politische Situation und die sich daraus für die Konferenz ergebenden Aufgaben. Die Genossin Hirsch begrüßte die Konferenz namens der Ortsgruppe Schweidnitz und unterstrich besonders, daß es ohne Frauen keine Revolution geben wird. Die Genossin Wildner-Breslau überbrachte Grüße von der Bezirkskonferenz der Roten Hilfe. Der Genossin Biech von der Redaktion der „A.Z.“ forderte die Anwesenden auf, die Mitarbeit an der Ausgestaltung der „Arbeiter-Zeitung“ zu verstärken. Die Genossin J. Wüstegiersdorf begrüßte die Konferenz im Namen der ausgesperrten Textilarbeiterinnen. In ihrer kurzen Ansprache schilderte sie die niedrigen Löhne und die verräterische Rolle, die die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten im Kampf der Textilarbeiter spielen. Sie forderte die Konferenz auf, durch ihre Arbeit zur Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition beizutragen. Ein Begrüßungsstelegramm des KPD-Breslau-West wurde mit Beifall zur Kenntnis genommen. Anschließend sprach die Genossin Kahne im Auftrage

der Gauleitung Schlesiens des KPD. Als letzte forderte die Genossin Hanna vom kommunistischen Jugend-Verband die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß auch die vielen in der Textilindustrie beschäftigten Jungmädchen als aktive Kämpfer gewonnen werden und wünschige der Konferenz erfolgreiche Arbeit.

Nach Beendigung der Begrüßungsansprachen hielt die Genossin Lisa Ulrich-Berlin ein Referat über das Thema

„Die Rolle der Frauen in den Wirtschaftskämpfen und die drohende Kriegsgefahr“

Einleitend übermittelte die Genossin Ulrich-Grüße der Berliner Arbeiterinnen. In ihrem ausführlichen Referat schilderte sie die gewaltig gesteigerte Bedeutung der Frau im Produktionsprozeß. In der Industrie stieg die Zahl der beschäftigten Frauen wie folgt: 1907 9,4, 1925 11 und 1928 13 Millionen von 20 Millionen Beschäftigter. In der Zeit, wo die Bevölkerung um nur 13 Prozent zunahm, hat die Zahl der weiblichen Arbeiterinnen in der Industrie um 37 Prozent und die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen um 69 Prozent zugenommen. Die Unternehmer versuchen beharrlich, die Männer durch die billigere Arbeitskraft der Frauen und Mädchen zu ersetzen und, darüber hinaus, die Löhne überhaupt abzurufen. In diesem Bestreben werden sie von den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten tatkräftig unterstützt. Sind es doch reformistische Gewerkschaftsbürokraten, die sich für die Nationalisierung ausgesprochen haben und die den Wirtschaftskriegen unter allen Umständen verteidigen. Der gewaltige Widerspruch zwischen Produktionsmöglichkeit und den beschränkten Absatzmöglichkeiten wird unweigerlich zu weiteren gewaltigen Zuspitzungen der Klassengegensätze und der Gegensätze zwischen den Kapitalistengruppen selbst führen. Die Kämp-

feranten wissen das und rüsten deshalb fieberhaft zum Kriege, in erster Linie gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat. Aufgabe der Frauen ist es, Schulter an Schulter mit allen Klassenbewußten Arbeiterinnen den Kampf in den Betrieben für Verbesserung der Arbeitsbedingungen unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen zu organisieren und mit allen Mitteln gegen die Kriegsgefahr anzukämpfen, wobei sie sich bewußt sein müssen, daß die Kriegsgefahr erst durch den Sturz des Privatkapitalismus endgültig beseitigt werden kann. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Mittagspause wurde zur Abhaltung einer Kundgebung auf dem Ringe und einer Demonstration durch die Straßen der Stadt benutzt. Die Polizei war äußerst nervös, da zur selben Zeit auch ein Umzug irgendeines Artillerie-Kameradenvereins stattfand und die „tapferen“ Kriegervereiner Scheidnitzer Angst vor den Fäusteln der roten Frauen und Mädchen hatten — trotz der mitgeführten echten Kanonen. Nach Rückkehr von der Demonstration wurde die

Diskussion über das Referat

der Genossin Ulrich eröffnet. Daran beteiligten sich nicht weniger als 19 Delegiertinnen. A. Vangensbielau: Trotzdem, daß die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten offene Verräter sind, ist es doch notwendig, in den Gewerkschaften zu arbeiten, insbesondere deshalb, weil die Gewerkschaftsangehörigen die Frauen als Menschen zweiter Klasse behandeln. M. Breslau tritt für die Gleichberechtigung der Frauen ein, weist auf den Schlichtungsschwundel hin und fordert zur verstärkten Arbeit gegen den Krieg auf. J. Peterswaldau spricht über Textilarbeiterfragen. D. Diegnitz behauptet, daß die Frauenkonferenz nicht schon früher stattgefunden hat und ist überzeugt, daß die Konferenz vieles

zur Stärkung der roten Massenfront beitragen wird.
A. Schlaich spricht über die Notwendigkeit der Arbeit unter dem Mandatproletariat.
S. Steslau: Der Kampf gegen die Kriegsgefahr muß verstärkt werden. Besondere Aufmerksamkeit ist den faschistischen Frauenorganisationen zu widmen.
S. Schweidny: Die Arbeit unter den Landarbeitern ist unerlässlich. Der Kampf muß der schärfste Kampf angelegt werden. Als besonders gefährlich sind die bürgerlichen Wohlfahrtsorganisationen einzuschätzen.
A. Schweidny spricht über die Arbeit der SPD. unter den Frauen.
Die Genossin Standile-Breslau gibt darauf den

Bericht der Mandatprüfungskommission
Danach sind auf der Konferenz 53 Delegierte aus 18 Orten vertreten. Davon sind 20 Delegierte organisiert: 28 im Textilarbeiterverband, 2 im Metallarbeiterverband und 1 im Fabrikarbeiterverband. Parteipolitisch gehören 28 der Kommunistischen Partei an, 2 dem KPD und 23 sind partellos.

Aufgaben der werttätigen Frauen

1. Im dauernden Bestreben, die männliche Arbeitskraft durch billigere weibliche und jugendliche zu ersetzen, hat gerade der Kriegsimperialismus mit Hilfe der Nationalisierung gewaltige Frauenmassen in den kapitalistischen Produktions- und Ausbeutungsprozess hineingerissen. Die Rolle der Frau im proletarischen Klassenkampf ist dadurch riesenhaft gestiegen.
2. Die Produktionskrise der kapitalistischen Gesellschaft ist bis auf die Grundfesten erschüttert, die inneren Widersprüche der anarchischen Grundlage der kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft (Profit- und nicht Bedarfswirtschaft) lassen die Klassengegenstände gewaltig und rapid freigeren. Die kapitalistische Gesellschaft vermag sich nur mehr schlecht und recht zu halten durch maßlose brutale politische und wirtschaftliche Unterdrückung.
3. Die Lösung der ungeheuren Widersprüche, in die der Imperialismus verwickelt ist, der allgemeinen, sich täglich verschärfenden Krise, in der er sich befindet, und die seinen Bestand bedroht, steht der Imperialismus als letzten Ausweg in einem neuen Weltkrieg. Der europäische Imperialismus unter Führung Englands richtet sein geistes profitierendes Interesse auf den Markt der Sowjetunion. Er rüstet fieberhaft zum Raubkrieg gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat. Die vor einigen Tagen in Paris abgeschlossene Reparationskonferenz reichte Deutschland endgültig in diesen Antisowjetkrieg ein.
4. Um die werttätigen Massen den Kriegsplänen gefügig zu machen, läßt die Bourgeoisie ihre ganze Meute von Lakaien und Bütteln unter Führung der sozialfaschistischen Bürokratie der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaften auf den Vortrupp der revolutionären Klassenfront des Proletariats los, um das Proletariat seiner Führung im Befreiungskampfe zu berauben. Restloser Abbau

Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission wird die Diskussion fortgesetzt.
A. Freiburg macht längere Ausführungen über die Auswirkung der Nationalisierung.
D. G. Brühl spricht über die Textilarbeiterausperrung.
H. W. Stregierdorff spricht ebenfalls zum Kampf der Textilarbeiterinnen.
A. Vangenbierau richtet scharfe Angriffe gegen den sozialdemokratischen „Proletarier aus dem Giesengebirge“.
Genosse Meyer begründet die von der Mandatprüfungskommission ausgearbeitete Entschließung.
A. Schweidny spricht über die Rolle der Frauen in der Metallindustrie.
L. Breslau fordert die Frauen auf, den Jung-Spartakus-Bund mit allen Kräften zu unterstützen.
Nach der Diskussion hielt die Genossin Ulrich das Schlusswort, worauf man zur Abstimmung über die Anträge und Entschließungen kam. Die einstimmig angenommene politische Entschließung lautet:

1. Die kümmerlichen Reste sozialer Gesetzgebung (Mauß der Erwerbslosenunterstützung an den Frauen) durch die sozialfaschistische Koalitionsregierung, Knebelung der breiten Massen durch Hungerschieds- und Massenarbeitsperrungen wie die gegenwärtige der schlesischen Textilarbeiter, deren Zweck es ist, die Arbeitsbedingungen und das Lebensniveau noch mehr zu verschlechtern, verschärfter Polizeiterror, Verbot des KPD, Demonstrationen- und Versammlungsverbot, Presseverbote, Mai-Massaker — sie sollen die Kraft der Werttätigen, die Kampfkraft des Proletariats zerschlagen, um den Boden zur faschistischen Diktatur, zum Krieg gegen die Sowjetunion, zum neuen Völkermorden, freizumachen.
2. Indem die Konferenz werttätiger Frauen Schlesiens diese Aufgaben feststellt, erklärt sie in der geschlossenen einheitlichen Kampffront aller Werttätigen, im geschlossenen Kampfe der werttätigen Frauen Schulter an Schulter mit ihren Klassengenossen den einzigen wahren und siegreichen Garantien zur Zerschlagung dieser Pläne der Unterdrücker, zur Befreiung des Proletariats, zur Schaffung des wirklichen Weltfriedens.
3. Ein Blick in die Geschichte des Kampfes der Werttätigen und ihrer Befreiung beweist den werttätigen Frauen, daß sie in ihrem Kampfe als sturm- und kampferprobte Führer nur die KPD, den KPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition haben. Diesen Führern, insbesondere der kommunistischen Partei, spricht die Konferenz der werttätigen Frauen ihre Sympathie und ihr volles Vertrauen aus.
4. Unter ihrer Führung, unter den roten Fahnen des revolutionären Proletariats gelobt die Konferenz, ihre Aufgaben im Befreiungskampfe der werttätigen Frauen durchzuführen. Als ihre Aufgaben erklärt die Konferenz:

- I. Alle Kräfte zur Mobilisierung der werttätigen Frauen zu ihrer Einreihung in die rote Massenfront einzusetzen.
- II. Unterstützung der Arbeiterchaft in allen ihren Wirtschaftskämpfen, insbesondere Einsetzen aller Kräfte zur Unterstützung der Kampfen der schlesischen Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen.
- III. Aufrüstung der werttätigen Frauen zum Kampf gegen den drohenden imperialistischen Krieg, zum Kampf für die Sowjetunion, Mobilisierung der Frauen zu einem wichtigen Anti-Kriegsmarkts anlässlich der 15. Wiederkehr des Jahrestages des Weltkrieges.
Allen Schwerkräften zum Trost ans Werk!
Geschlossen in revolutionärem Mut ist uns der Sieg!
Folgende Begrüßungsschreiben bzw. Entschließungen wurden ebenfalls einstimmig angenommen:

Gegen das Mat-Blutbad in Berlin
„Die am 2. Juni im „Vollgarten“ zu Schweidny verammelten Delegierten der Konferenz der werttätigen Frauen Schlesiens beurteilen aufs schärfste das Blutbad am 1. Mai und fordern Absetzung des Polizeipräsidenten Jörgiebel. Sie fordern Freilassung der Verhafteten vom 1. Mai sowie aller übrigen politischen Gefangenen.“

Telegramm an die russischen Bäuerinnen
„Die Konferenz der schlesischen Frauen entbietet den russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen ihren revolutionären Kampfgeist und gelobt, nicht zu ruhen bis zur Befreiung des deutschen Proletariats.“

An den 12. Parteitag der KPD.

„Genossen! Die von delegierten Frauen, darunter partiellose Betriebsarbeiterinnen, besuchte Konferenz werttätiger Frauen Schlesiens entbietet dem 12. Parteitag der KPD. ihre heißesten Kampfgrüße. Die Konferenz steht einmütig in der KPD, die die Befreiung der proletarischen Klasse und damit der proletarischen Frauen garantiert. Die delegierten Frauen sehen in dem von der KPD. ausgehenden Weg, bei dem dem Reformismus der scharfste Kampf gilt, den einzigen richtigen. Indem sie dem 12. Parteitag der KPD. den besten Erfolg für den proletarischen Klassenkampf wünschen, geben sie der Forderung Ausdruck, der Parteitag möge die Linie des rücksichtslosen Kampfes gegen die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Mord- und Verrätergeheulen verantern und fortführen. Es lebe die kommunistische Partei Deutschlands! Es lebe die Sowjetinternationale! Es lebe der siegreiche Kampf des Proletariats gegen seine Unterdrücker!“

Nach der Wahl eines Komitees der werttätigen Frauen zur Durchführung der gefassten Beschlüsse wurde die Konferenz mit dem Gehör der Internationalen geschlossen.

Auf die Ausführungen verschiedener Diskussionsrednerinnen, insbesondere über den Kampf der schlesischen Textilarbeiterinnen, werden wir noch besonders zurückkommen.

Die erste schlesische Konferenz der werttätigen Frauen war der Anstalt zur verstärkten Mobilisierung der arbeitenden Frauenmassen für die Einreihung in die rote Massenfront des revolutionären Proletariats. Als erstes gilt es, die auf der Konferenz gefassten Beschlüsse durchzuführen. Werttätige Frauen, vorwärts!

Polizeipräsident schreibt den Proleten die Kleidung vor

Am 31. Mai, früh, wurde der Bezirksleitung der KPD. in Magdeburg durch das Polizeipräsidium die Mitteilung gemacht, daß künftighin bei Demonstrationen keine Motorradkämpfer-Kleidung getragen werden dürfe. Bisher war nur das Tragen von Bundeszeichen des KPD. verboten. Das Polizeipräsidium kündigt weiter an, daß noch am Freitagabend, also am gleichen Tage, alle Arbeiter, die abends zur Demonstration in nicht „vorschriftsmäßiger Kleidung“ erscheinen, verhaftet werden.

Auch diese Schikane wird die revolutionäre Bewegung nicht aufhalten. Es kommt weniger auf die Aufmachung, als auf den Geist an — und über den hat kein Sozialfaschist zu gebieten.

Antwort an Jörgiebel und Grzeffski

Wie in ganz Deutschland, so ist auch am Mittelrhein eine starke Zunahme an neuen Mitgliedern der Partei zu verzeichnen. Im Mai haben allein im Unterbezirk Köln 140 Arbeiter ihren Beitritt zur KPD. erklärt, im Aachen 55, in Koblenz 32, insgesamt im Mai im Bezirk 237.

Eine Werbekampagne der Roten Hilfe in Oldenburg, die in Verbindung mit der Sammlung für die Opfer Jörgiebels vorgenommen wurde, erbrachte in kürzester Zeit 76 Neuaufnahmen.

Trotz aller Verfolgungen, aller Verbote, allen Terrors wächst das Vertrauen der Arbeiter zur KPD.

Die „Pravda“ über die englischen Wahlen

(Zusatz.) Moskau, 1. Juni.
Die „Pravda“ führt in ihrem Kommentar zu dem Ergebnis der englischen Wahlen aus:

Die ökonomischen Grundlagen des großbritannischen Imperialismus werden mehr und mehr erschüttert, was zur Niederlage der alten stolzen konservativen Partei führte. Die Ergebnisse der englischen Wahlen bedeuten nicht, daß die Arbeiterwähler sich von dem Einfluß der Bourgeoisie befreit haben. Die Arbeiter gingen zur reformistischen quasi Arbeiterpartei, und nur eine dünne Schicht bewußter Proletarier stimmte für die kommunistische Partei.

Die Radikalisierung der Arbeiterklasse Englands tritt deutlich hervor, aber sie sucht den Ausweg in der falschen Richtung. Der Einfluß der imperialistischen Ideologie auf die Arbeiterklasse wird schwächer, aber er wirkt noch fort. Soziale Gewitter sind im Anzug, die unbarmherzig die Illusionen der Arbeiter vernichten werden. Eine dauernde politische Stabilisierung Englands ist unmöglich. Eine Regierung der Labour-Party oder eine Koalitionsregierung der Labour-Party mit den Liberalen wird, mit keinen Veränderungen, die Generallinie der konservativen Regierung so verlassen und den Kurs auf kapitalistische Nationalisierung, auf Festigung des Weltreichs, auf die Unterdrückung der revolutionären und nationalen Freiheitsbewegung in den Kolonien und Dominions halten; auch sie wird die Aufklärung erschweren.

Die „neue“ Politik einer solchen Regierung kann nur winzige Reformen auf dem Gebiet der öffentlichen Arbeiten, der Arbeitslosenunterstützung und der Steuerpolitik bringen, sowie ferner einen weniger aggressiven Kurs hinsichtlich Amerikas, die Wiederaufnahme

der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und schließlich pseudopazifistische Geste. Aber die neue Regierung wird die Kräfte des britannischen Imperialismus nicht überwinden. Eine neue Periode der Regierung MacDonalds wird ein neuer Schlag gegen die Illusionen des englischen Proletariats sein. Die MacDonald-Regierung wird von der Gnade der liberalen Bourgeoisie abhängen und wie im Jahre 1924 weggefegt werden, wenn sie der Arbeiterklasse Zugeständnisse zu machen gezwungen wird, um den Einfluß auf das Proletariat beizubehalten. Dann wird sich das englische Proletariat überzeugen, daß einzig die kommunistische Partei seine Interessen verteidigt, die die Wahlkampagne unter der Losung: Klasse gegen Klasse durchführte.

Die SPD. gegen Hilfe an ausgesperrte Textilarbeiter

Aus dem Gottesberger Stadiparlament
Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion Gottesberg schreibt uns:

Recht interessant gestaltete sich die vorige Woche stattgefundene Stadtverordnetenversammlung in Gottesberg, und zwar wegen der von uns schon des öfteren behandelten Haltung der SPD.-Fraktion. In den letzten Jahren gab die kommunistische Stadtverordnetenfraktion bei den Vorsteherswahlen immer ihre Stimmen für die SPD. ab. Als jedoch nun durch Verzug des bisherigen Vorstehers Müller zu Neuwahlen gezwungen werden mußte, stellten die Sozialdemokraten den größten Kommunistenfeind und Arbeiterfeind, Schöppe, auf und weigerten sich, für unseren Genossen Ulrich zu stimmen. Als Resultat fungiert nun der fahrig bekannte Zentrumsmann Branner. Ka, für die Interessen der Werttätigen und Kleinrentnerbetrieblenden ist jener jedoch wert als der andere. Der Berichterstatter der „Bergmacht“, Lehrer Schröder, stellt nun die Kommunisten wieder als Steigbügelhalter der Rechten hin, trotzdem ihm bekannt war (durch offizielle Mitteilung), daß die Kommunisten für Schöppe auf Grund seiner früheren Einstellung proletarischen Interessen gegenüber niemals stimmen werden. Wenn Schröder in der „Bergmacht“ weiter versucht, die arbeiterfeindliche Stellung der SPD. durch Angriffe auf die Kommunisten zu verdecken, so hat doch der Verlauf der Sitzung geradezu schlagend bewiesen, was Gutes sich die SPD. in der Textilarbeiterfrage später, lieber Alsbred.

Am Anfang der Sitzung protestierte unsere Fraktion gegen die Gänge der Tagesordnung und beantragte, sämtliche Punkte der gemeinsamen Sitzung öffentlich zu behandeln. Die bürgerlichen sowie die bürgerliche Fraktion hatten alle Ursache, dagegen zu stimmen, damit die Einwohnerchaft ja nicht über die ungläubliche Geldverschwendung in puncto Beamtenbesoldung informiert wird. Bei Behandlung der auf Grund der Eingemeindung von Ober-Hermesdorf notwendig gewordenen neuen Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, sie um zwei Mitglieder zu vermindern. Es tritt somit das in Erscheinung, was wir schon des öfteren betont haben, nämlich, daß der neu eingemeindete Ortsteil Ober-Hermesdorf fast vertriebslos der Hinterausbeutung seitens der Stadt Gottesberg ausgeliefert ist. Bei der Abstimmung über die Errichtung einer Polizeihauptwache in der Höhe des Schöppe als Jörgiebel-Apparatensraum mit den Rechten dafür, da sie ja die Polizei dringend benötigen. (Siehe 1. Mai in Berlin!)
Es gelangten nun drei von unserer Fraktion gestellte Dringlichkeitsanträge zur Beratung, und zwar:

Bombenanschlag auf das Oldenburgische Finanzamt

Oldenburg, 4. Juni. In der Nacht zum Montag wurde auf die Gebäude des Landesfinanzamtes und der Landesfinanzkasse in der Gegend des Marktplatzes ein Sprengstoffattentat verübt. Die Explosion erfolgte morgens gegen 2.50 Uhr. Durch den Luftdruck wurden sämtliche Fenster, die nach der Seite der Lambertikirche auf dem Marktplatz liegen, sowie die Fenster der Landesparade vollständig zertrümmert. Auch die Fenster der Lambertikirche sind zum Teil eingedrückt worden, und eine Kirchentür wurde von innen nach außen aufgerissen. In der Finanzkasse sind durch den Luftdruck sämtliche Türen eingedrückt worden.

1. Mißtrauensantrag gegen den Bürgermeister und Forderung seines Rücktritts.
2. Auflösung des Stadiparlaments und Ausschreibung von Neuwahlen.
3. Der Antrag auf Bereitstellung von 1000 Mark für die ausgesperrten Textilarbeiter.

Die beiden ersten Anträge sollen in einem anderen Artikel behandelt werden. Beim dritten verlor es sich, die Haltung der Sozialdemokraten und den Schröder-Bericht zu beleuchten. Letzterer schreibt in der „Bergmacht“:

„Die KPD. beantragte 1000 Mark zur Unterstützung der ausgesperrten Textilarbeiter. Die Dringlichkeit wurde nicht anerkannt, da der Stadtverordnetenvorsteher den Ausschlag gab. Textilarbeiter, bedankt euch bei den Kommunisten!“

Ja wohl, Schröder, so siehste aus! Objektivität war ja noch nie deine Art, aber dich Rat und Tat und Unterstützung in dringlichen Momenten bei den Kommunisten holen und sie dann verleumden, ein famoser Arbeitervertreter und — Jugendberzäher. Wahr ist nur folgendes: Die SPD. hat die Notwendigkeit einer Hilfe noch nicht begriffen, denn der Antrag wurde von uns gestellt. Bei der Anerkennung der Dringlichkeit stimmten von sechs Sozialisten nur zwei mit uns, während die übrigen vier bei der Ablehnung la zten. Ganz anders verhielt sich die lachartige Fraktion bei einem Dringlichkeitsantrag des Magistrats, welcher zur Umgehung des Beschlusses ein annähernd 1000 Mark verlangte. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Schöppe befürwortete den Antrag auf höhere Löhne ab. Erzbischof Genosse Ulrich schuf diese Methode kennzeichnete, stimmten diese „Verfälscher des Sozialismus“ für diesen Antrag. Für Schöppe ist ja übrigens die soziale Frage ebenso gelöst wie für alle die 70 000 anderen Sozialfaschisten in gutbezahlten Staats- und Gemeindepfänden, denn er schreibt aus dem „einträchtigen“ Bergarbeiterberufes aus und geht als Freigestellter unter die goldene Fittiche der Volksfürsorge. In Verfolg eines anderen Dringlichkeitsantrages des Magistrats auf Schließung der Ober-Hermesdorfer Volksschule und Abbau von vier Lehrern sprach Genosse Ulrich. Als er auf Zwischenrufe des Bürgermeisters antwortete und ihm den Unterschied zwischen sich und letzterem in Bezug auf proletarisches Ehrgefühl klar machte, schloß der Vorsteher auf fünf Minuten die Sitzung.

An dem ganzen Verlauf der Sitzung sowie des „Dreiwacht“-Berichtes erhebt die Einwohnerchaft am besten, wozu sie gehört, und wer schuld ist an der ganzen Finanzmisere der Stadt.

Die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung

Die am kommenden Donnerstag, 17 Uhr, tagende Stadtverordnetenversammlung wird sich wiederum mit einer Reihe wichtiger Vorlagen beschäftigen. So stehen immer noch auf der Tagesordnung die kommunistischen Anträge auf Neugestaltung des Finanzausgleichs, auf Erhöhung der Richtsätze des Wohlfahrtsamtes...

Die gefährliche Schulzeitung

Gestern morgen vor Schulbeginn verteilten zwei Jugendgenossen vor der Schule Posener Straße die Schulzeitung der Jungpartaklub der 'Die Bombe'. Pflücht erschießen der Schulbiener und mit ihm einige Lehrer und ein Polizeibeamter, der die beiden Genossen festnahm!

Wata will auch in Breslau Geschäfte machen

Der bekannte tschechische Schuhgroßfabrikant Wata, der europäische Forb, wird in kurzer Zeit auch in Breslau eine Filiale errichten. Und zwar hat er Geschäftsräume im Hause des 'Goldenen Beschers' auf dem Ringe für 70 000 Mark Jahresmiete gemietet.

Selbstmord eines Greises

Am Montag, gegen 18.45 Uhr, wurde in seiner Wohnung, Markthstraße, der 75 Jahre alte Schlosser G. F. erhängt aufgefunden. Der Grund hierfür soll in einem unheilbaren Leiden zu suchen sein.

Müßichtsloses Gesindel. Gestern nacht, 2 1/4 Uhr, raste ein Auto, I. K. 1984, die Nikolaistraße entlang und riß dabei eine Frau vom Rade, die sich sofort in das Allerheiligen-Hospital begeben mußte. Trotz dieses Unfalles fuhr der Führer eiligst weiter.

'Der neue Polizeipräsident.' In unserer gestrigen Notiz ist der Name des voraussichtlichen neuen Polizeipräsidenten gleich mehrmals falsch gesetzt worden. Der Mann heißt Thais.

'Saisonverkauf 1929'

Lobe-Theater

Das Lobe-Theater beendet die Spielzeit auch in diesem Jahre mit der durch dreijährige Übung nunmehr schon traditionell gewordenen satirischen Revue, die sich 'Saisonverkauf' nennt. Das alte Lager der letzten drei Jahre ist gründlich geräumt, dafür sind neue, teilweise sogar wirklich Schläger angeschafft worden.

In den zwölf Bildern werden die Beitereignisse im Telegrammstil Otto Reuters dargestellt, besungen und bewandelt. Von der Pariser Konferenz bis zur 'Duma'. Es fehlt nichts. Soweit die Revue politisch wichtig sein will, ist sie, abgesehen von einer treffenden Charakterisierung des 'P.D. Parteitages' und einer nicht üblen Glossierung der Reichswehr, ausgeprochen politisch.

Krach unter Breslauer SPD-Funktionären wegen Jörgiebel 'Auf sein Konto kommen die 27 Toten' wird in der Abteilungs-Funktionärerversammlung Ost festgestellt

Breslau, 4. Juni. Freitag abend fand die Abteilungs-Funktionärerversammlung Ost der hiesigen SPD. statt, in der es zu scharfen Auseinandersetzungen über die Blutprolog der sozialdemokratischen Führer kam. Die Bogen der Erregung gingen so hoch, daß die SPD-Funktionäre alle Vorsticht außer acht ließen, und sich ihre Ansichten derart laut ins Gesicht schrien...

Die Wiederverhaftung der Frau Neumann eine Erbschaftsintrige?

Trotzdem seit der Verhaftung der Frau Neumann bereits einige Tage vergangen sind, wurde bisher das neue 'Belastungsmaterial' gegen die Verhaftete der Öffentlichkeit noch nicht mitgeteilt, obwohl das in Anbetracht des allgemeinen Interesses, das dieser Fall findet, wirklich notwendig wäre. Wir haben gestern bereits gesagt, daß wir nicht einsehen können, weshalb auf die ungeheure Behauptung der Berliner Kriminalbeamten hin, daß in der Mordnacht keine fremde Person in der Rosen-Willa war...

demokratischen Funktionären herrschende Stimmung ist noch die Tat-lache bezeichnend, daß ein SPD-Mann einen Koffer-Gewinn von 5000 Mark mitgebracht hatte, die Hermann Müller und die anderen SPD-Führer vor der Wahl gehalten hätten, um diese Neben mit den Taten nach dem 20. Mai zu vergleichen. Eine ausgeglichene Ziel Würden das die Kommunisten machen, wäre das natürlich 'gewissen-lose Geze'. So aber machen das die sozialdemokratischen Funktionäre schon untereinander, und der 'Volkswacht' blühte darüber wohl doch etwas die Spude wegbleiben.

Verwandten, die Erfüllung der Erbschaft von dem Ausgange des, auf den Nimmerleinstag verschobenen Strafprozesses abhängig zu machen, erzielte Frau Neumann endlich ein obsegendes Urteil, das ihr den voreinst eingeklagten Teilbetrag von 5000 Mark zuspricht. Trotz dieses Urteils verweigerten die Verwandten die Auszahlung des Geldes. Es ist nun immerhin etwas merkwürdig, daß den Verwandten des Ermordeten das 'neue Material' so pünktlich zu Hilfe kommt; denn selbstverständlich werden diese im Wohlstand lebenden Leute den Versuch erneuern, auf Grund der Wiederverhaftung der Frau Neumann, diese als 'erdunwürdig' erklären zu lassen. Besonders auffällig ist in diesem Augenblick, daß die dienstbeflissene bürgerliche Journalistin sofort davon schreibt, daß 'möglichsterweise' das Testament durch Frau Neumann ge-fälscht worden sei.

Achtung, Einfender! Der Stoffandrang der letzten Tage hat dazu geführt, daß wir eine Anzahl Zuschriften noch nicht veröffentlichen konnten. Wir werden das in den nächsten Tagen nachholen.

Streik. Mittwoch, öffentlicher Diskussionsabend über die wahren Ursachen des Blut-Mai. Referent Genosse Reiman-Breslau. Die 'Volkzeitung' hat euch bewußt belogen. Kommt deshalb in diesen Diskussionsabend, damit wir an Hand von Tatsachenmaterial die Lügen dieses Auch-Arbeiterblattes gemeinsam feststellen können.

Dhlau. Verhaftungen. Unter Mithilfe der Bevölkerung wurden hier zwei Männer gefaßt, die seit längerer Zeit die Gegend unsicher machten und ihre Verfolger mit Schlagschlägern bedrohten.

Es handelt sich um zwei Oktoberfestler, die in Gemeinschaft mit einer Frau, die ebenfalls verhaftet werden konnte, eine Reihe schwerer Einbrüche in der Ohlauer Gegend verübten. In einer Scheune in Rasselwitz, die ihren Unterschlupf bildete, wurde ein größeres Lager verdorbener Lebensmittel, von denen die Verhafteten gelebt hatten, gefunden.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband Breslau - Gruppe Süd (Genin). Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Wagner, Messergasse 34. Erstklässler Nicht. - Gruppe Nord. Dienstag büchlich 20 Uhr bei Käbiger, Reichenbergstraße 58. Öffentliches Gedenkabend. Alles herzlich willkommen. - Gruppe Süd. Dienstag Heimabend im Jugendheim, Jüdenring 15. Sonstige Organisationen. - Arbeiter-Everants-Gruppe. Dienstag 20 Uhr Vorstandssitzung bei Genossen Wänchen, Eitelauer Straße 28. - Arbeiter-Schüler. Dienstag von 20-22 Uhr Nebenabstimmung bei Metman, Neue Antonienstraße 2, anschließend Mitgliederversammlung.

Jad Smith kopiert. Von derber, urmächtiger Komik ist der dritte Teil der Revue. Scherzer zeigt seine Vielseitigkeit als Comedian, Tänzer, Feuerwehmann und Barnab-Kopist. Das Publikum amüsiert sich dabei köstlich und belundete seinen Beifall bei der Ert-aufführung am Sonnabend mit Händen und Füßen. Das Schlußbild mit der Kritik der Kritik ist wenn man von der gelungenen persönlichen Karikatur Paul Nilas durch Odda absieht, recht matt. Alles in allem aber ist der Saisonverkauf 1929 abwechslungsreich und gelungen. Am Erfolg des Abends haben alle Darsteller Anteil, besonders aber Hasse, Scherzer, Peim, Schmiedel, Odda, Jechell, und Käte Gold, Maja Sering, Käte Habel-Keimers. Die Musik Harry Rattons wurde zum Erfolg des Abends ebenfalls sehr bei. Zum Schluß wurden Darsteller und Direktor von dem beifallsfreudigen Amüsiertpublikum wiederholt herausgerufen.

'Der Mann, der seinen Namen wechselte'

Ein neues Wallace-Stück im Thalia-Theater. Ein von einem raffinierten Mörder zusammengemixtes Kriminalstück. Handlung: Ein Mann, der vor zwanzig Jahren seinen Namen wechselte, weil es einen Mörder gleichen Namens gab, der auf mysteriöse Weise seine Frau und ihren Liebhaber umbrachte, wird nun in-folger irgendwelcher Umstände von seiner eigenen Frau und ihrem Liebhaber für eben diesen Mörder gehalten. Die Sache soll so spannend ab sein, daß man den Atem anhalt und am Ende des zweiten Aktes den heißen Wunsch verspürt, es möge nicht mehr in diesem

Tempo weitergehen. Der Autor hat auch Rücksicht und löst die ent-schieden ersehnten Begebnisse im letzten Akt in Harmoniegeleiten auf. Jedenfalls soll man nur ins Thalia-Theater gehen, wenn man über robuste Nerven verfügt, sonst wird man zu den Leuten gehören, die während der Vorstellung schrille Schreie des Entsetzens ausstoßen. Dr. Peimpelors Regie legte den Meister in atemlosigen Tempo hin. Sechs Personen beschäftigte das Stück: Helene Dietrich, Ger-hard Ritter, Hans Franz, Kurt Ehle, Harry Förster und Alfred Lipschütz. Alle Rollen waren in den richtigen Händen. Eine ausgezeichnete Ensembleleistung!

Capitol. 'Indizienbeweis.' Verglichen z. B. mit dem Roman der MZ, der ein ähnliches Thema behandelt, ist die Hand-lung dieses Films zu lebensunwahr, zu sehr mit dem Reizwert blühter und darum unglaubwürdiger Kinodramatik ausgestattet, um für einen padenden, mitreißenden Argument gegen die Todesstrafe dem-gegen die Verurteilung auf Grund von Indizienbeweise zu gestalten. Die Darstellung der einzelnen Personen erhält eine besondere Note durch die treffende Wiedergabe der Gesichtszüge. Dieser Gerichts-präsident und dieser Staatsanwalt, arrogant, überlegen, von der eigenen Unschuldbarkeit durchdrungen, sind so natürlich getroffen, daß man glaubt, Originale vor sich zu haben, wenn - nun, wenn der Angeklagte nicht gerade ein Graf wäre. Im allgemeinen muß man aber sagen: Es wäre bringen zu wünschen, daß es dem Capitol, dem schönsten Breslauer Lichtspieltheater, gelingen möge, wirklich einwandfrei gut gearbeitete Filme zu bekommen; ein Anfang war kürzlich schon gemacht, als der meisterhafte Kuffenfilm 'Das Dar der Sünde' gezeigt wurde.

Waldenburger Bergland Der Waldenburger Hungeretat

Stellung des Wohnungsbaues — Abträge in den Ausgaben für Wohlfahrt, Gesundheitswesen und Volksschulen — Die SPD. zur Annahme bereit

Die letzte Stadtverordnetenversammlung in Waldenburg beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Etat. Nachdem wir einen Bericht von der Sitzung bereits veröffentlicht haben, nehmen wir im Nachstehenden zum Etat und den Ausführungen der einzelnen Fraktionäre Stellung. Der Etat wurde vom Rämmerer Direktor begründet. Er ging in seinem Bericht auf das vergangene Jahr ein und stellte fest, daß der Gesundheitszustand im Jahre 1927 im nachfolgenden Jahre ein Rückschlag folgte. Der Bergarbeiterstreik im Oktober 1928 habe die Finanzen der Stadt ungünstig beeinflußt. Die Zahl der Sterbefälle sei umgekehrt die gleiche geblieben. Die Zahl der Todesfälle ist trotz aller möglichen Maßnahmen nicht zurückgegangen. Die Ursache ist in den schlechten Wohnungsverhältnissen zu suchen. Der Gesundheitszustand der Kinder hat sich nicht im geringsten gebessert.

Die ungeheure Wohnungsnot ist geblieben.

Es sind rund 3000 Wohnungssuchende beim Wohnungsamt eingetragenen. Im vergangenen Jahre sind nur 93 Wohnungen errichtet worden. Im Etatjahr 1929/30 soll überhaupt nicht gebaut werden. Die Mittel im Haushaltsetat haben im vergangenen Jahre nicht gereicht, so daß 57 000 und 23 000 Mark für Wohnnotbehelfen nachbewilligt werden mußten. Nach dieser allgemeinen Einleitung kam Direktor auf den eigentlichen Etat zu sprechen. Er stellte fest, daß nach dem Millionenerwerb bei dem Stadtbankrott und dem Verlust von ebenfalls einer Million bei der Obligationenaffäre der gesamte Schuldendienst der Stadt 18 562 000 Mark beträgt (davon 18 180 000 Mark feste und 1 381 000 Mark schwabende Schulden). Die Schulden erfordern eine jährliche Verzinsung und Tilgung von 1 006 000 Mark, das sind

fast 2 Millionen jährlich.

Der Gesamtetat ist in der Ausgabe mit 12 985 540 Mark und in der Einnahme mit 11 928 040 Mark balanciert, so daß ein

Fehlbetrag von rund 1 057 000 Mark

entsteht. Dazu kommt ein Fehlbetrag von 131 000 Mark aus dem Jahre 1927 und 370 000 Mark aus dem Jahre 1928. Der Rämmerer stellt fest, daß aus dem vorliegenden Etat nichts Nennenswertes gestrichen werden kann. Er bezeichnet den Etat als das Ergebnis einer wursigen Amtsführung durch den Oberbürgermeister Dr. Wiehner. Der einzige positive Vorschlag, den Fehlbetrag zu vermindern, bestand in der

Erhöhung des Preises für Wasser von 23 auf 50 Pf.

Direktor schloß seine Ausführungen mit dem Appell, in dem kommenden Etatjahre auch nicht einen Pfennig ohne Dedung zu bewilligen.

Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach zum Etat Diezig. Er schloß sich den Ausführungen Direktors an. Auch er legte alle Schuld auf den Oberbürgermeister. Diezig erklärte, daß die SPD. für den Etat und den Steuerbeschluss stimmen werde.

Für die Bürgerlichen sprach Menzel. Auch er war der Auffassung, daß aus dem vorgelegten Etatvorschlag sich nichts streichen lasse. Da aber die Steuererträge für Industrie, Handel und Gewerbe nach seiner Auffassung untragbar seien, lehnten die Bürgerlichen den Etat ab. Den Sozialdemokraten machte Menzel den Vorwurf, daß Wiehner sich zuviel vor ihnen verbeugt hätte, und darauf sei die Finanzmissere zurückzuführen.

Für die kommunistische Fraktion sprach der Genosse Malzer. Er kennzeichnete das Spiel der Bürgerlichen und Sozialdemokraten mit verächtlichen Rollen als das, was es ist. Genosse Malzer führte u. a. aus: Der vorliegende Etat ist nicht nur das Ergebnis einer wursigen Amtsführung durch den Oberbürgermeister Wiehner, sondern auch das Produkt der Politik der Reichs- und Landesregierung. Wenn heute die deutschen Vertreter bei den Reparationsverhandlungen in Paris sich dem Diktat der Entente beugen, so in dem Bewußtsein, daß diese Lasten voll und ganz der Arbeiterklasse auferlegt werden. Auf verschiedenen Tagungen der Industriellen wurde geschrieben, die Gemeinden treiben eine verschwenderische Politik und müßten zur Mäßen gebracht werden. Das erklärt auch die Maßnahmen der Regierung den Gemeinden gegenüber, denen immer mehr Aufgaben auf sozialem und kulturellem Gebiet zugewiesen werden, aber die Anteile an den Steuern immer mehr gekürzt werden. So sind bei dem Finanzausgleich 1927 den Gemeinden 15 Prozent genommen worden. Die Gemeinden sollen gezwungen werden, die sozialen und kulturellen Leistungen abzubauen, damit die aus dem Produktionsprozeß Gestohlenen nirgendwo Hilfe bekommen und bereit werden, für niedrigere Löhne zu arbeiten. In dem vorliegenden Etat sind die Ausgaben lediglich in den Titeln

Volksschulen, Volkshausamt und Gesundheitswesen herabgesetzt

worden. Es sind nur solche Ausgaben, die die Vermissten der Armen betreffen. Für den Wohnungsbau sind überhaupt keine Mittel bereitgestellt. Dr. Wiehner ist nur zum Teil schuld an diesem Ergebnis, und dabei büßten die Bürgerlichen und auch die Sozialdemokratie am wenigsten gegen Wiehner wettern, da sie alles mitmachen und beäugen.

Solange die Bombe noch nicht geplatzt war. Es muß besonders festgestellt werden, daß die SPD. und die Bürgerlichen den Stadtbaurat Rogge und Wiehner bei der eigenmächtigen Ueberföhrung bei dem Bau der Willen für den Oberbürgermeister und Pringal beäugen. Sie stimmten gegen den kommunistischen Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Rogge bei den Ueberföhrungen beim Hotelbau. Auch in der Obligationenaffäre waren sie gegen den kommunistischen Antrag, der die Einleitung eines Disziplinarverfahrens und eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft forderte. Erst jetzt, nachdem der Regierungspräsident die Suspension von amtswegen eingeleitet hat, bekommen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Ab-

geordneten in Waldenburg Mut. Den Etat, der nicht mehr realitätsnäher gemacht werden kann, lehnte die kommunistische Fraktion ab, befiel sich aber vor, bei der Beratung der Einzelanträge zu stellen.

Da nun feststand, daß der Etat abgelehnt wird, beantragte der Vorkämpfer, von einer weiteren Beratung Abstand zu nehmen, was auch mit 18 gegen 18 Stimmen beschloffen wurde. Bei der Abstimmung stimmte nur die Sozialdemokratie für den Etat und den Steuerbeschluss. Nach diesem Steuerbeschluss sollten die einzelnen Steuern wie folgt festgesetzt werden: Grundvermögenssteuer 350 Prozent, Gewerbesteuer vom Ertrage 750 Prozent (für Auswärtige 600 Prozent), vom Gemeindefapital 3000 und 3000 Prozent. Nach der Ablehnung des Etats wurde gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen, die Steuern vorläufig in der alten Höhe zu erheben.

Damit war das Schicksal des Waldenburger Etats vorläufig abgeschlossen. Die Sozialdemokraten bemühten sich redlich, Wohlagitation zu treiben. Trotzdem wird so mancher Arbeiter begreifen, daß ihre Stellungnahme mit Arbeiterpolitik absolut nicht mehr zu tun hat. Sie ist auch in Waldenburg eine Partei, die offen und brutal die Interessen der Werttätigen mit Füßen tritt.

Schwere Verkehrsunfälle

Auf der Dorfstraße nach Liebschau fuhr am Sonntag das Auto des Direktors Peiert (Breslau) in das Auto eines Breslauer Mediziners. Der neben dem Chauffeur stehende Sohn des Direktors wurde mit voller Wucht in den Chauffeegraben geschleudert. Er erlitt eine große Kaskende Stirnwunde. Ein herbeigerufener Arzt mußte Glassplitter entfernen.

Eindring in ein Konsumvereinslager. In Dittersbach wurde nachts in die Verkaufsstelle 6 des Konsumvereins eingebrochen. Der Täter brückte ein Fenster ein und stahl Schokolade, Zigaretten, Tabak und 50 Mark Wechselgeld aus der Kassa.

Striegau

Kurzarbeit bei Weiß-Graben

A. R. Am 30. Mai hatten wir Badenrecht, wo zu einer Vererdigung Stellung genommen wurde. Es ist bei uns Brauch, daß der gesamte Betrieb ruht und die Belegschaft an der Vererdigung teilnimmt. Noch ehe die Angelegenheit besprochen werden konnte, wurde bekannt, daß die dadurch verkürzte Zeit (vier Stunden) eingearbeitet werden sollte. Dieses Ansuchen wurde energisch zurückgewiesen. Am nächsten Tage kam ein Anschlag heraus, monach vom 1. Juni an, angeblich wegen schlechten Geschäftsganges, nur noch 33 Stunden die Woche gearbeitet werden soll. Und da behauptete noch einer, daß die Steinbruchbesitzer kein arbeiterfreundliches Herz haben.

Jauer

Schwerer Unfall. In der Brauerei Semmelhüh stürzte die achtjährige Schülerin Grubn von einem Schaufelbalken. Das Mädchen wurde erheblich verletzt.

An Sauerampfer vergiftet. In Prosen erkrankte das sechsjährige Töchterchen des früheren Molkereibesizers Nost und starb an Vergiftungsercheinungen. Man nimmt an, daß das Kind Sauerampfer genossen hat.

Freitagstrüch

Geheimnisvolles Raunen geht durch die Volkshausräumlichkeiten. Nierdegeschlagen rennen die Expedisten durch die Weltgeschichte. Joseph hat einen seiner gefürchteten Anfälle, den Kommunistenlöser. Die Kommunisten wollen einen Antrag bei der Stadt einbringen und die Unorganisierten unterstützen, brüllt er im Hausflur. Ein Schlaggen schüttelt seinen gutgenährten Körper. Er jammert wie eine vergewaltigte Jungfer. Inzwischen kommen die ersten Proleten zum Stempeln. Da huscht ein Lichtschein über die mutterbrannten Hüge des Herrn Anstellens. Er gibt Anordnung, sofort eine Versammlung einzuberufen.

Die Versammlung tagt. Kaum sieht er ein paar Kommunisten, und schon liegt seine Ruhe unterm Tisch. Der Geist von Jörgiebel sitzt ihm im Nacken. Er tobt und heßt. Sein getreuer Gefährte, der Vorsitzende Schulz, würgte die Versammlung ab! Genosse Himmel protestierte. Da traten die bestellten Kabaumacher auf den Plan. Sie schrien, was die Lunge hergab, bis sie den Saal leergehrien hatten. Erleichtert atmete der Bonze auf. Für dieses Mal war die kommunistische Offensive abgewendet. Aber wie lange? Armer Joseph! Das nächste Mal werden sich die Kommunisten auch durch bestellte Kabaumacher nicht heirren lassen und den Arbeitern sagen, was zur Durchführung ihrer minimalen Forderung notwendig ist.

Aus dem Riesengebirge

Schmiedeberger „Kleinigkeiten“

A. R. Motto: „Wehe, wenn sie losgelassen, wachsend ohne Widerstand, durch Schmiedebergs stille Gassen, tobt die heilige Hermantab.“ Lange lag die Natur diesen Winter bei uns im Winterschlaf, doch noch länger dauerte der Schlaf der heiligen Polizei. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel, so aufrüttelnd wirkte im Allerheiligsten unseres Polizeigeorgalten, Herrn Frid, die Nachricht: „MdB. in Preußen verboten.“ Verschunden was mit einem Schläge alle Müdigkeit. Alles rennt, alles sticht. Galt es doch, dem Ehrenbuch der heiligen Hermantab ein neues Ruhmesblatt beizufügen. Sie rücken aus, um die „staatsgefährlichen Gelda“ zu beschlagnahmen. Aber was nützt eine noch so volle Kasse, wenn der Kassierer nicht zu finden ist? Die Gesichter wurden sehr lang, mit dem Ruhm war nichts. Jetzt aber mit Schneid die Kindesmordgeschichte aufklären, so denkt der Polizeigeorgalt. Was war passiert? Ein sechs-Monats-Kind ist in der Klärgrube „bestattet“ worden. Die Kindesmutter hat bis heute die „Freiheit“, sich trotz nochmaliger Aufforderung nicht zu melden. Und sie finden — ja, das ist schwer. Ober hatte das Kind keine Mutter, so wie der MdB. keinen Kassierer? Nun mußte es vorher noch dem einen „Blauen“ passieren, daß ein Kaufstücker, den er bei einer Schlägerei verhaftet hatte, auf dem Transport ihm eins vor die Binde knallte, und dadurch wieder die „goldene“ Freiheit fand. Doch beim Einmarsch der Schützen am Sonntag endlich ein Erfolg! Ist auch kein Wunder, daß man „Schneid“ an den Tag legte, angeht's bei „vier Könige“. Ein Arbeiter wurde, als er vor dem Zuge herging, von dem „Blauen“ auf die Seite geschupst. Der aber verstand schiel und lebte dem „Blauen“ eine. Es gelang ihnen, den Proleten zu überwältigen. Nach der Ansprache des „Schützenbürgers“ bedankte sich der Prolet öffentlich, zum Entsetzen der „Könige“, bei der Polizei für die „liebvolle“ Behandlung. Um das Unglück zu ver vollständigen, fand man auch bei der R. S. weder Geld noch Sammelstift. Schrödlisch, Schrödlisch! So leuchtet der unglückselige Stern weiter über unserer „Polente“. Wir sind dabei quieschberggünstig und freuen uns über die Neuaufnahmen. Der Polizei für ihre Mäßhaltung unseren besten Dank, und für die Mißerfolge unser herzliches Beileid.

Niederschlesien

„Freudige Ereignisse“ für GÖrlitz:

Vom Luisenbund zu den Expedituren

Unser Epieherneft scheint nachgedachte Lummelplatz aller schäpstlichen Elemente zu werden. Eine „Tagung“ jagt die andere, und der Wohlstandsvorplatz wird von den sogenannten Ehrensporten überhaupt nicht mehr frei. Am vergangenen Sonntag waren es die „Jungfern“ vom Luisenbund, die GÖrlitz unsicher machten. Die blaue Kleidung dieser Dämchen sollte wahrscheinlich das blaue Blut ihrer erlesenen Führerinnen symbolisieren. Ehrfürchtigschauer werden den braven Epieheren über ihren „Heldenrücken“ gelaufen sein, als sie durch die bürgerliche Presse erfuhren, daß sogar Cecillie anwesend war, und daß Freifrau foundso und Freim foundso „marlige“ Worte an die teufchen Jungfrauen richtete. Auch Cecillie soll was von „Ablehr von jeder Untreue“ usw. gequakelt haben. Ihrem Frize werden dabei wohl alle feine süßen Schäferhündchen in dem famosen Charleville eingefallen sein. Ja, es geht doch nicht über „Deutsche Frauen, deutsche Treue“ grölchten sie durch die Straßen. Dabei fiel uns Proleten ein, daß so manche darunter sein dürfte, die den Herren Offizieren in der Stappe, bei Sekt und Kobiaz,

24 Verletzte auf Grube Stadt GÖrlitz

Auf dem Braunkohlenbergwerk Stadt GÖrlitz ist gestern früh auf der Grubenbahn ein von einer Lokomotive gezogener Personenzug auf einen vollen Kohlenzug aufgefahren. 24 Personen wurden verletzt, davon fünf schwer. Ueber die Ursache des Unfalls ist noch nichts zu erfahren.

in trautem Tete-a-Tete Gesellschaft leistete, während Tausende im Stachelbrodt verkauften und dabei die Frauen und Kinder der Proleten sich den Magen mit Kohlrübenmarmelade füllen mußten. Auch am Sonntagabend konnte man nach des Tages „Paß und Rüben“ so manches Quischn mit ihrem Stachelhalmjüngling in den dunklen Gängen des Parkes verschwinden sehen. Jawohl, es geht nicht über Jugend. Und sei es auch nur von der Nase bis zum Kibel. Heil!

Am Montag darauf, die Stadthalle war kaum von dem hinterlassenen Dred der Luisenbündler gefäubert, da versammelten sich schon wieder die „armen, notleidenden“ Expedituren 300 Mark bewilligte unser Magistrat diesen „Schwarzarbeitern“, damit sie nicht verhungern. Wie jammerte Reichstagsabgeordneter Kollath über die hohen Stenern und sozialen Läden. „Es geht nicht an, an Stelle des verantwortlichen Arbeitnehmers den rätsellosen Menschen zu sehen. Der Staat dürfte erst beim Nervensten eingreifen. Jeder Staatsbürger habe die Pflicht, selbst für sich und seine Angehörigen zu sorgen.“ So sprach dieses Unikum und handelte mit seinen Kollegen danach. Er jagte so gut bei dieser Tagung für sich selbst, daß Dienstag früh kaum noch einer so recht auf den Weinen stehen konnte. Die Chauffeure hatten schwerer zu tun, um ihre vollgepumpten Herren richtig behaim abzuliefern. Expeditions- und Transportarbeiter, so verfahren auch diese „Herrschaffen“. Während ihr bei 30 Mark Wochenlohn täglich schwerste körperliche Arbeit, in Kohlenstaub und Dred, leisten mußten, verjagten und vertrieben diese Herren an einem Tage vielleicht das fünffache anre2 Wochenlohn. Sie konnten sich das leisten, denn außer dem Kesseltransport betreiben fast alle noch

Kohlen-, Betriebsstoff- und Biergroßhandel. Einer ist sogar noch Pächter des städtischen Anschlagwesens, das gewiß auch ein erklidliches Stimmchen abwirft. Derselbe Herr besitzt übrigens, außer seiner Eigenwohnung, noch eine Villa in Wiesnitz, in der drei Familien hausen könnten. Wollt ihr Proleten aber ein paar Pfennige mehr Lohn haben, dann wird monatelang getuschelt. Proleten, organisiert euch in eurem Verband und setzt bei künftigen Tarifverhandlungen euren Gewerkschaftsbonden mehr auf die Finger und weniger auf's Maul. Duldet nicht länger, daß die Unternehmer sich von eurem Fett mästen. Reicht euch ein in die rote Klassenfront!

Sagan

Stimmungsbilder von der Aussperrung

• Mittwochnachmittag

Kommunisten eilen geschäftig durch die Straßen, in die Border- und Hinterhäuser zu den ausgesperrten Textilarbeitern. Unermüßlich klopfen sie an Arbeiterwohnungen, bringen den Proleten ihre Handzettel, die zur Verammlung der oppositionellen Textilarbeiter auf-fordern. Scharf und schneidend leuchtet es von den illustrierten Flugblättern: „Hütet euch vor den Feinden in den eigenen Reihen. Holt euch Aufklärung in der Versammlung. Gefahr droht den ausgesperrten Textilarbeitern!“

• Donnerstagnachmittag

Der Saal der „Apollonlichtspiele“ ist gut besetzt. Wissenshungrige Arbeiter rädeln sich in den modernen Klappstühlen des Bourgeois-Theaters. Einige „geschickte“ Sozialdemokraten und Bonzenjaulen, mit prima Jörgiebel-Geist bis an den Rand gefüllt, kommen mit unheilvertünderer Miene zur Versammlung. Sie wollen die Opposition feiglich schlagen. Genosse Emmerich spricht. Scharf und logisch wird er seiner Aufgabe gerecht. Zitate und statisches Material aus der SPD-Presse, aus dem „Textilarbeiter“, Dokumente über den niederträchtigen Verrat der Verbandsbonzen fließt er den Anwesenden vor Augen. Pejchmannchen, ein kleines sozialdemokratisches Licht mit großer Zukunft, windet sich wie ein zu Tode gefiselter Regenwurm im Klappstuhl. Voller Empörung stößt er den tödlichen Blei und schreit, schreit so viel, daß ihm schon die Befürchtung hegte, daß ihm das Papier ausgehen könnte. In der Diskussion zeigt Genosse Himmel das wahre Gesicht der Saganer Textilbarone. Auch die berufsmäßigen Arbeitervertreter rückt er ins rechte Licht. Redemännchen beginnt zu schweigen. Er wänst sich weit, weit fort. Noch einigen moralischen Rippenstößen bringt er auf und redete eine Rede. Er sprach nicht viel. Aber in seinen kurzen Ausführungen gab er das ganze geistlose Inkraut der letzten zehn Jahre zum besten. Reaktionäre Schiebepünche waren für ihn eine „Kleinigkeit“. Mit johlend Kleinlichen Dingen gibt sich der Mann mit der großen Zukunft nicht ab. Amen. Die Versammlung machte das einzig richtige. Sie lachte herzlich und bedauerte ihn aufrichtig.

Genosse Emmerich schlug ihm im Schlußwort noch einige niedliche Dinge um die Ohren, die er wahrscheinlich sich nicht einrauchen wird. Noch lange diskutierten die Arbeiter vor dem Versammlungssaal. Sie waren sich klar darüber, daß sie den Kampf gegen die Unternehmer und die Sozialratie gemeinsam mit den Kommunisten in den Gewerkschaften durchzuführen werden.

Oberschlesien

Genosse Jendroisch in den Hauptbetriebsrat der Deutschen Reichsbahn gewählt

Bei den Betriebsratswahlen im Bereich der Deutschen Reichsbahn war Genosse Jendroisch-Gindenburg als Kandidat zum Hauptbetriebsrat auf der Liste der revolutionären Opposition aufgestellt. Von den ober-schlesischen Eisenbahnern gaben mehr als zweihundert der Liste „Revolutionäre Opposition“ die Stimme zum Hauptbetriebsrat. Das Endergebnis steht nun amtlich fest. Der neu gewählte Hauptbetriebsrat tritt am 14. Juni zu seiner ersten Sitzung zusammen. Unter Genosse Jendroisch, der an zweiter Stelle der Kandidatenliste stand, ist zum Mitglied des Hauptbetriebsrates gewählt.

Gleiwitz

Nach 3587 Arbeitslose

Die Arbeitslosenziffer ist in Gleiwitz immer noch sehr hoch. Beim Arbeitsamt sind insgesamt 3587 Arbeitslose vorgemerkt. Davon sind 3276 männliche und 309 weibliche Arbeitslose. Davon erhalten 2206 = 1972 männliche und 234 weibliche Personen die Arbeitslosenunterstützung, 421 = 392 männliche und 29 weibliche Personen die Krankenunterstützung. 574 Personen werden mit Notstandsarbeiten beschäftigt. Zur Aussteuerung gelangten 86 Arbeitslose, wovon 20 von der Arbeitslosenunterstützung und 10 der öffentlichen Fürsorge überlesen wurden. Zur Vermittlung gelangten 241 = 195 männliche und 46 weibliche Arbeitslose. Die meisten Arbeitslosen befinden sich in der Gruppe der Metallverarbeitung mit 953 Personen, ihr folgt die Gruppe des Bergbaus mit 856, die Gruppe der Kaufmannschaft mit 274, und die Gruppe des Baugewerbes mit 267 Personen.

Vom Verkehrsband

A. R. Am 30. Mai fand eine Funktionärversammlung des Deutschen Verkehrsbandes statt. Kollege Zapp sprach zur Klärung des Tarifvertrages und konnte sich überlassen, daß die Unternehmer nicht gewillt sind, Lohnhöhungen zu bewilligen. Anstatt Kampfmaßnahmen vorzuschlagen, jammerte er, daß noch nicht alle Kollegen in den Betrieben organisiert sind. Vom Kollegen Plonk wurde gegen die Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes mit Hilfe der SPD und Gewerkschaftsbürokratie gesprochen und ein Antrag gegen dieses Gesetz eingebracht. Mit der Begründung, daß sich eine Versammlung des UDSB. damit beschäftigen wird, wurde der Antrag abgelehnt.

Hindenburg

Delbrücker Arbeiter werden belästigt

A. R. Ganz Besonderes im Antreiben auf der Delbrücker Anlage leistet sich der Aufseher Helmrich. Seine Lieblingsworte sind: „Wir müssen die Arbeiter so lange trieben, bis ihnen die Seiten weh tun.“ Helmrich hat eine Kolonne Arbeiter unter sich, die zur Nachtschicht Holz in die einzelnen Steigerwerke verführt. Da nach seiner Ansicht die Arbeiter nicht genug schuften, so belästigt er dieselben. Zu diesem Zweck verläßt er die Kampe und versteckt sich irgendwo in der Nähe der Arbeiter. Eines Tages, kurz vor Schichtschluß, bemerkten die Arbeiter und stellten Helmrich zur Rede. Helmrich, bei seiner Spizelei ertappt, wurde noch ausfällig gegen die Arbeiter. Nur der Mute der betreffenden Arbeiter ist es zu verdanken, daß er darauf nicht seine verdiente Tracht Prügel erhielt.

Mit dieser Vorfälle am nächsten Tage der Belegschaft bekannt wurde, demütigte sich dieser eine große Empörung. Die Belegschaft verlangte mit allem Nachdruck, daß die Verwaltung sofort gegen den Aufseher Helmrich etwas unternimmt. Ebenso verlangt die Belegschaft vom Revieramt, daß gegen Helmrich eingeschritten wird, da Helmrichs Verhalten leicht hätte zu einem Unfall führen können. Es ist übrigens auch verboten, ohne oder mit verbotener Lampe in der Grube umherzugehen.

Die Arbeiter müssen sich bei der nächsten Belegschaftsversammlung diesen Aufseher nochmals ganz besonders vornehmen. Helmrich ist christlicher Gewerkschaftler, macht aber Propaganda für den gelben Gewerksverein.

Ein feiner Hauswirt

Ein Arbeiter schreibt uns: Ich bewohne seit Januar 1928 mit meiner Familie eine Kellervohnung bei dem Hausbesitzer und Tankstellenbesitzer Roman Gwosdz, Kronprinzstr. 118. Als ich in diese Wohnung mit Genehmigung des Wohnungsamtes sowie der Polizei einzog, war in dieser Etage ein kleiner, total wackliger, unbrauchbarer Tisch aufgestellt. Da ich in diesem Ofen weder feuern noch einen Topf stellen konnte, war ich gezwungen, als vorläufigen Ersatz einen eigenen Ofen aufzustellen. Der Wirt versprach mir aber, zum Frühjahr einen Ofen zu liefern; auch die veraltete Dichtung wollte er durch neue ersetzen. Da aber bis heute, trotzdem ich schon öfter vorstellig wurde, noch nichts gemacht worden ist, forderte ich den Wirt am 29. Mai schriftlich auf, das nachzuholen. Als nun meine Frau bei ihm Miete bezahlte, fragte sie wieder, wie es mit dem Ofen steht. Wir benötigten denselben dringend, weil mein vier Monate altes Kind von den ausströmenden Gasen erkrankt war. Darauf sagte der Wirt frech, ich solle mir von der Polizei den Ofen geben lassen und wenn ich noch weiter „Stunt“ mache, fliegen wir aus der Wohnung raus. Im übrigen soll sich jeder ein Haus kaufen und selber sehen, wie er fertig wird. Dieser Hauspatscha war vor einem Jahr selbst noch Mieter. Heute spuckt er große Wogen.

Wachtung, Arbeiter und Arbeiterfrauen!

Sonnabend, den 6. Juni, abends 7 Uhr, findet im Saale von Roth, Paulstraße,

eine öffentliche Versammlung

statt. Thema: „Der drohende Krieg und die Aufgaben der Arbeiterklasse.“ Referent Genosse Wintling-Berlin. — Erscheint zahlreich. Eintritt frei. SPD, Ortsgruppe Hindenburg, Stadtteil Nord.

Reinfall

A. R. In schreienden Reden verkünden die Sitzsäulen einen noch nie dagewesenen wissenschaftlichen Erfolg. „Das Mytherium der Liebe“ war der selbige betitelt. Auf diese marktschreierische Kellerei war am Donnerstags die Vorstellung überfüllt. Doch die Besucher kamen nicht auf ihre Kosten. Es waren nur stehende Bilder, die noch dazu fast gar nichts Aufklärendes zeigten. Ein Teil der Besucher wollte ja etwas Nützliches sehen, und die waren besonders betrübt, der von einem Arzt gehaltene Vortrag war ganz gut. Das war aber

auch das einzige. Die Bilder erfüllten ganz und gar nicht ihren Zweck. Die Besucher dieses Films hatten alle den Eindruck, daß ihnen nur das Geld aus den Taschen gezogen werden sollte.

Änderung im Straßverkehrsplan

Am 1. Juni 1929 treten im Fahrplan des städtischen Kraftwagenverkehrs wesentliche Änderungen ein. An Stelle des bisher auf der Linie II bestehenden 40-Minuten-Verkehrs wird 20-Minuten-Verkehr eingeführt. Ebenso sind auf den anderen Linien verschiedene Änderungen eingetreten. Auf die an den Haltestellen ausgehängenen Fahrpläne wird hingewiesen.

Beuthen

Auf Jullenhütte ein Arbeiter erschlagen

Am Sonnabend ereignete sich am Hohenstein auf der Jullenhütte ein schwerer Unglücksfall, der ein Todesopfer forderte. Eine Zwischenwand stürzte plötzlich ein und begrub den Arbeiter Sarana aus Sobret unter den Trümmern. Der Verunglückte war sofort tot.

Verlegung des städtischen Wohnungsamtes

Am 1. Juni 1929 befinden sich die Räume des städtischen Wohnungsamtes im Alten Stadthaus, Langestraße 43, Erdgeschoss, rechts.

Ratibor

Knochenmühle Ganz & Co.

Miserable Lohn- und Arbeitsverhältnisse existieren in der Schinderbube Ganz u. Co. Stundenlöhne von 45 bis 48 Pfennigen werden dort gezahlt. Die in der Formerei, Kuperei und Gießerei beschäftigten Arbeiter werden auf die brutalste Art und Weise ausgebeutet und angetrieben. Als ein besonderer Antreiber ist der Obermeister Schwannemann bekannt, der mit den Behrungen und auch mit den älteren Arbeitern in ganz brutaler Weise verfährt und die Arbeiter mit Schimpfworten belegt. Daß dieser Obermeister so herumspringen kann mit den Arbeitern, liegt auch daran, daß der Betriebsrat nicht das geringste unternimmt. Der Ingenieur Hoch betreibt seine Tätigkeit den Arbeitern gegenüber in demselben Sinne wie der angeführte Obermeister.

Es wird Aufgabe der Belegschaft sein, sich gegen diese unwürdigen Behandlungs- und Antreibemethoden zur Wehr zu setzen und den Antreibern begreiflich machen, daß die Proleten kein Freiwild sind.

Nelisse

Lebendig verbrannt

In Oppersdorf, Kreis Nelisse, ist die 80 Jahre alte Frau Grütner bei lebendigem Leibe verbrannt. Die Behauernwerte wollte Feuer anmachen, hatte dabei wahrscheinlich Spiritus oder Petroleum verwendet, und da schlugen die Flammen zurück. Ihre Kleider wurden dadurch erfasst und in wenigen Sekunden glück die Frau einer Feuerfalle. Sofort herbeigeeilte Nachbarn versuchten, noch die Frau zu retten, doch das war vergebens.

Neustadt

Nichtig so

Nachdem die Ausperrung erfolgt ist, versucht die Firma Fränzel, ihren Bestand aufrechtzuerhalten. Zu dieser Arbeit stellte sich der Stahlschmelzer Johann Scholowa zur Verfügung. Er spekulierte dabei, später, wenn die Arbeit wieder losgehen sollte, einen guten Druckposten zu erhalten. Die Arbeiter haben natürlich ein Interesse daran, daß Fränzel keine Streikbrecherarbeit gemacht erhält. Obwohl sich der Unternehmerlauf unter polizeilichem Schutz in den Betrieb begab, verabschiedeten ihm die ausgesperrten Arbeiter eine echt proletarische Antwort auf sein schändliches Tun. Dieses Verfahren hielt einige andere Elemente davon ab, das gleiche zu machen.

Textilarbeiterversammlung

Am 29. Mai fanden drei Versammlungen statt, eine der christlichen Gewerkschaft, eine der freien Gewerkschaft und eine der Opposition. Die oppositionelle Versammlung war gut besucht. Genosse Reichel-Langenbielau referierte ausführlich über die Ursachen der Ausperrung und über die nächsten Maßnahmen. Nachher hielt Ge-

Doppelner Eisenbahner gegen den Hungerschiedspruch

Am Dienstag voriger Woche tagte in Duppel die Mitgliederversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands. Als erster Punkt wurde zur Lohnbewegung Stellung genommen. Kollege Schmalke schilderte den ganzen Verlauf der Lohnbewegung und den ungenügenden Schiedspruch. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen, die den Verlauf der Lohnbewegung kritisierten und positive Vorschläge machten. Diese wurden von den Gewerkschaften nicht angenommen, um einen besseren Erfolg zu erzielen. Es wurde keine Massenbewegung, die notwendig gewesen wäre, eingeleitet, sondern im Gegenteil jede Massenbewegung abgelehnt, so daß es zu diesem kläglichen Spruch gekommen ist. Mit einem solchen Schiedspruch, der dazu noch zwei Jahre, bis 1931, laufen soll, können sich die Eisenbahner auf keinen Fall zufrieden geben. Zum Schluß der Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Doppelner Mitgliedschaft nimmt in der heute, am Dienstag, dem 28. d. M., tagenden Mitgliederversammlung zum genannten Schiedspruch Stellung und gelangt nach eingehender Beratung zu folgender Entschließung:

Die Forderung der Gewerkschaftsleitungen auf Erhöhung der

Steigert die Werbekampagne!

Hat jede Ortsgruppe und Zelle die Werbung durchgeführt?

haben sich alle Genossen daran beteiligt?

Genossen! Jede Ortsgruppe und Zelle muß sofort das erste Werbeergebnis der Bezirksleitung mitteilen, nochmals in einer Zellenversammlung zur Werbung Stellung nehmen, die Erfahrungen des ersten Werbesonntags austauschen, für den zweiten Werbesonntag die

Kampagne steigern.

alle Kräfte einsetzen, neue Methoden anwenden!

nosse Jendroisch-Gleiwitz noch ein kurzes Referat. In der gegen Diskussion erwähnte die freigelegte Kollegin Graß, daß ein Zusammenarbeiten mit den Christlichen darum nicht möglich sei, weil unser Genosse Briz die Gewerkschaftsleiter (1) zu radikal angesehen habe. Solange Genosse Briz in der Gewerkschaft sei, ist eine Zusammenarbeit nicht möglich. — Derartige Argumente suchen sich die Verbündeten zusammen, um die selbsttragenden Kräfte gegen die Opposition auszuspielen. Dem denkenden Proleten wird es nicht einleuchten, daß 1600 Menschen darunter sollen, wenn einer von ihnen den Mut hatte, die Wahrheit über die Waggabungen zu sagen. — Genosse Briz versäumte nicht, auf diese Ausführungen die richtige Antwort zu geben, in der er die christliche Nächstenliebe und die reformistische Demagogie kennzeichnete.

Parade der Schmeichele

A. K. Vorbei ist das alljährlich stattfindende Pfingstfest. Die vorjährige „Majestät“ mußte einer anderen den Platz einräumen. Der „Kempnerladen“ ist nun verpackt, um im nächsten Jahre wieder in neuem Glanze zu strahlen. Als der neue König mit Tischgenossen nach Hause gebracht wurde, versäumte man nicht, ein Hoch auf das „geliebte“ deutsche Vaterland zu bringen und das „Deutschlandlied“ zu singen. Ein Reichsbahnprolet, der dem Hummel zusah, sang nicht mit. Das erweckte einen „Schmeichele“, „Schägen“, der des Guten zuviel genommen hatte, so daß er den Soldaten zur Rede stellte und seinen Namen wissen wollte. Da dieser sich dazu ablehnend verhielt, drohte der „Musterschmeichele“, dem Soldaten zur Anzeige zu bringen. — Wir finden es durchaus verständlich, wenn ein Soldat, der die Nase voll hat, den „deutschen“ Hummel verachtet.

Kreuzburg

Wachtung Partei und Jugendgenossen!

Donnerstag, den 6. Juni, findet im bekannten Lokal eine Mitgliederversammlung statt. Referent ist anwesend. Erscheinen aller ist Pflicht.

Oppeln

Wieder ein Schandstück des Roten Kreuzes

A. K. Mählich vom Tode überrascht wurde in der Nähe des Pfostengartens am Sonnabend gegen 1 Uhr der Arbeiter Dietrich, wohnhaft Vorstraße. Recht sonderbar dabei war das Verhalten des Jugendbergsverwalters und Mitgliedes des Roten Kreuzes, Dietrich. Ein vorbeigehender Passant, der bemerkte, daß Dietrich sich unwohl fühlte, läutete bei Dietrich und bat denselben, Dietrich Hilfe zu leisten und das Rote Kreuz anzuläutern, um Dietrich fortzuschaffen. Das letzte Wort mit dem Bemerkten ab, daß er nur bei Schnittwunden usw. zuständig sei (oder wenn einer mit dem Kopf unter dem Arme antomme). Dietrich schleppte sich nach dieser In-terredung auf seinen zwei Räder weiter, brach aber bereits nach einigen Schritten tot zusammen.

Die hinguerufenen Samariter des Arbeiter-Samariter-Bundes, die bereits drei Minuten nach Anruf erschienen, konnten Dietrich nicht mehr helfen; denn erst einige Zeit nach der oben geschilderten Unterredung kamen Arbeiter hinzu, die wußten, daß nur die Arbeiter-Samariter es sind, die jedem, wer es auch sei, hilfsbereit sind und nicht nach dem Portemonnaie des Betroffenen fragen, wenn Hilfe gebraucht wird.

Bei Befragung solcher Posten, wie Jugendbergsverwalter usw., sollte die Stadt doch die Leute sich ansehen und nicht solche Leute anstellen, die zwar eine sehr schöne schwarzweilrose Weste anhaben, sondern solche, die zu jeder Zeit ihren Mitmenschen zu helfen gern bereit sind — und daß das Arbeiter-Samariter in jedem Falle sind, den Beweis haben sie bereits mehr als einmal erbracht. Darum, Arbeiter, wer Hilfe braucht, läute an:

Kr. 18. Arbeiter-Samariter-Bund!

und Sorge auch in seinem Bekanntenkreise dafür, daß man bei irgendwelchen Unglücksfällen usw. nur die Arbeiter-Samariter Holt.

Behörden-Verlegung

Die bisher im Oberverwaltungsamt in Oppeln (Friedrichsplatz 1) untergebracht gewesene Feststellungsbehörde, bei welcher die Personenschäden aus der Verletzungs- und Unfallschäden bearbeitet werden, ist vom heutigen Tage ab nach dem Hause Zimmerstraße 23 (1. Stock) verlegt worden.

Unbekannte Leiche getrandelt

In der Nähe der Volkswinkel wurde eine männliche Leiche aus der Ober gestift. Wer der Tote ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Löhne um 6 Pf. die Stunde entsprach in keiner Hinsicht den Lebensverhältnissen und dem Willen der Mitgliedschaft. Sie lehnt daher auch den gefällten Schiedspruch, der noch unter der Forderung der Gewerkschaftsleitungen steht, ab. Lehnte sich die Eisenbahner bereits in den verflochtenen Lohnbewegungen gegen eine Laufdauer des Abkommens von einem Jahre auf, so kann eine Annahme neben der ungenügenden materiellen Erhöhung des Lohnes mit einer Laufdauer von zwei Jahren überhaupt nicht in Frage kommen. Die Doppelner Mitgliedschaft besteht trotz eventueller Annahme dieses Schiedspruches durch die Gewerkschaftsleitungen auf ihren dem Hauptvorstand in der Entschließung der am Sonntag, dem 10. März d. J., tagenden Mitgliederversammlung unterbreiteten Forderungen, und zwar:

1. Erhöhung der Löhne um 15 Pf. pro Stunde;
2. Beseitigung der Wirtschaftsgebiete;
3. Verringerung der Lohngruppen von drei auf acht;
4. eine kurze Laufdauer des Lohnabkommens;
5. Einführung des uneingeschränkten achtstündigen Tages;
6. Beseitigung der Dienstaufwandsprämien.

Besonders zu beachten ist, daß diese Entschließung ohne Stimmeneinhaltung, also ohne sämtliche Anwesenden, auch von den wenigen Anhängern des Schieds, angenommen worden ist.

Im zweiten Punkt wurde zur Klassenbewegung Stellung genommen. Hierzu sprachen ebenfalls mehrere Kollegen. Von allen Rednern wurde der Spitzenkandidat Fremet als untragbar für die Organisation bezeichnet. Alle Personen, die für persönlich aus seiner Tätigkeit in der Klassenbewegung kennen, halten es für unmöglich, daß er noch als Kandidat in Frage kommt. Kollege Piontel, der als Dritter auf der Liste ist, sagte selbst, er möchte sich noch überlegen, ob er mit solch einem Spitzenkandidaten weiter auf der Liste bleibt. Dazu kommt noch, daß Oppeln als zweitgrößte Ortsgruppe von der Vertretung ausgeschlossen werden soll. In Anbetracht dieser Umstände wurde seitens der Kollegen verlangt, daß Kollege Piontel von der Liste zurücktreten soll. Ein dementsprechender Antrag wurde angenommen.

Wie Berlin eingekreist werden sollte!

Der Aufmarschplan des Stahlhelms

Wir entnehmen der bürgerlich-pazifistischen „Welt am Montag“ noch folgende Einzelheiten über den Aufmarschplan des Stahlhelms gegen das rote Berlin.

Anfang Februar 1928 wurde spät abends auf dem Magdeburger Hauptpostamt eine umfangreiche Sendung aus Berlin für das Schließfach 438 abgegeben, die wegen ihrer Größe nicht in das Fach gelegt werden konnte. Die Sendung enthielt 14 einzelne Ergänzungsblätter eines Planes von Berlin und Umgebung.

Auf diesem Plan, der aus den 14 Karten zusammengesetzt, eine Größe von 2 1/2 x 3 Meter hatte, waren genauestens die

Anmarschwege der einzelnen Gaus

angezeichnet. Die Anmarschwege endeten immer kurz vor dem eigentlichen Groß-Berlin, und zwar so, daß

Berlin überall von Stahlhelmskolonnen eingekreist war.

Alle öffentlichen Gebäude, Kasernen, größere Schulen, Banken, Schachhöfe, Polizeipräsidium usw. waren auf dem Plan mit einer Nummer und einem Buchstaben versehen. Beispielsweise hatte die Reichsbank die Nummer 41 K, der Schließfach Bahnhof 108 E. Insgesamt waren 134 Gebäude gekennzeichnet.

Dem Aktenstück beigefügt waren genaue Grundrisse mit den detaillierten Angaben (wie Ausgänge, Treppen, Telefon- und Lichtleitungen, Zimmer der Direktoren, Maschinenanlagen für Stromerzeugung, Zahl der durchschnittlich im Hause anwesenden Personen folgender Gebäude:

Reichstag, Landtag, die einzelnen Ministerien, Rathaus (Königsstraße), Telegraphenamt, Deutsche Botschaft (Kottbuser Straße, Bogenshaus), „Vorwärts“-Druckerei, „Rote Fahne“, „Welt am Abend“, Anhalter, Potsdamer, Stettiner, Göring's, Lehrter, Schließfach Bahnhof, Polizeipräsidium, Untersuchungsgefängnis Moabit, Reichsbank, Reichsdrucker, Städtischer Schlachthof, Börse.

Der Sendung von Anfang Februar folgte ein Geheimschreiben, das am 22. Februar 11 1/2 Uhr durch einen Kurier dem Bundesamte Magdeburg überbracht wurde. Das Schreiben, das nur zwei Stunden im Amte verblieb, lautete:

Neuerst geheim zu behandeln!

Nur zur Verwendung des SA. Ergänzung zu SA.-Aufs. beagl. Bericht 228. 14. 1. 20.

In Abänderung des Berichtes II. Plan 9 ist für die Gebäude im Bereich des Gau Mi.-We., besonders Anhalter Bahnhof und Hotel Czjellor, besonderer A.-Plan ausgearbeitet. Dadurch freierworbene 220 A.-St. sind zur besonderen Verwendung des SA. zu halten.

Auch soll der Erfolg SA.-Steglich an Stelle des vorgeesehenen Planes II. Plan 9 nach Zentrum 4, wenn irgend möglich sogar 5, transportiert werden. Position 12 des Pl. 9 bleibt.

Grundriß M.D. 14a kann erst nach Fertigstellung der baulichen Änderungen hergestellt werden, beagl. M.D. 16.

Stand der SA. kann unverändert bleiben, da Anmarsch des SA.-St. in Str. 48/I verlegt.

St. 2 soll erst bei eintretender Notwendigkeit besetzt werden. Höchstzahl 40.

Dieses Originalschreiben ist zu vernichten, nachdem Abschrift in SA. 249/8a eingeleitet ist.

Was dieses Geheimschreiben im einzelnen zu bejagen hat, bleibt natürlich dem verborgen, der in die Geheimsprache des Stahlhelms nicht eingeweiht ist. Aber daß der Stahlhelm überhaupt eine solche Geheimsprache für nötig hält, beweist allein schon, daß seine Pläne das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben.

Ueber die wichtigste Frage, die des

Waffenbesitzes des Stahlhelms,

konnte unser Gewährsmann nur ziemlich unbestimmte Feststellungen treffen, da diese Angelegenheit natürlich mit besonderer Heimlichkeit behandelt wird. Die Waffenlager werden in den Dokumenten nie mit Ortsnamen, immer nur mit Nummern bezeichnet.

Im ganzen soll es etwa

50 Waffenlager

geben, davon nur ganz wenige in den großen Städten. Die meisten sollen an den

Aufmarschstraßen nach Berlin

liegen, z. B. bei Ziesar, Wolmirstadt, Ocherleben und Königsborn.

Arbeiter Sport

Arbeiter-Club- und Kraftfahrer-Verein. Die Abteilungsabende im Monat Juni sind folgende: 1. Abt.: Dienstag, 4. und 18. Juni, bei Eichs, Klosterstraße 125; 2. Abt.: Freitag, 14. und 28. Juni, bei Plante, Hochstraße 7; 3. Abt.: Freitag, 7. und 21. Juni, bei Zehmeusel, Wiesenstraße 12; 4. Abt.: Montag, den 17. Juni, bei Wieszorek, Barthsstraße 6; 5. Abt.: Dienstag, 11. und 25. Juni, bei Wolf, Gedwigsstraße 15; 6. Abt.: Dienstag, 4. und 18. Juni, bei Pirsch, Steinstraße 155; 7. Abt.: Dienstag, 4. und 18. Juni, bei Hoffmann, Schönstraße 21; 8. Abt.: Donnerstag, 13. und 27. Juni, bei Stammel, Neudorfstraße 99; 9. Abt.: Freitag, 14. und 28. Juni, bei Mallaschke, Frankfurter Straße 187; 10. Abt.: Freitag, 14. und 28. Juni, bei Witte, Zimpeter Weg; 11. Abt. (Breslauer-Gymnastik): Sonnabend 15. Juni, Lokal Breslauer Straße 30; Jugendabteilung: Donnerstag 6. Juni, in der Schule Taischenstraße 20-31; Motorfahrerabteilung: Donnerstag, 20. Juni, 20 Uhr in den „Suberius-Sälen“, Friedrichs-Wilhelm-Straße 32. Allgemeine Monatsversammlung Mittwoch 26. Juni, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8.

Die Spiele 7. Abt. 1. Männer — 6. Abt. 1. Männer, 7. Abt. 3. Männer — 7. Abt. 4. Männer, 7. Abt. Jgd. — 4. Abt. Jgd. fallen wegen dem Sportfest in Dels aus.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 5. Juni. 18.30: Unterhaltungsmusik. Kapelle Charles Kowal. • 18: Dr. Dahn: Märchenforschung und Märchenentwurf. • 18.25: Felix Braun: Das Geheimnis der Sterne. • 18.50: Mitteilungen des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands, Bezirksgruppe Breslau. • 19.10: Clemis: Chefredakteur Kalk; Zeitungsüber aus Oberschlesien. • 19.35: Wetter. • 19.35: Historische Skizzen. Dr. Freund: Der Sohn der Montspan. • 20: Deutscher Gussel. Von U. Schindler. Als heitliche Funtnovelle bearbeitet. • 21: Übertragung aus der Goldenen Galerie im Charlottenburger Schloss zu Berlin anlässlich der Berliner Festspiele: Fiktionstheater Friedrichs des Großen. Alfred Harzer (Rolle), Kammerdiener. • Anchl.: Gesänge des Orients. Nachdichtungen aus dem Persischen und dem Chinesischen von S. Weighe von Rich. Strauß. Am Fiktel. Der Komponist. • 22: Oberstleutnant Dohals: Aufführungen des Breslauer Schauspielers.

Donnerstag, 6. Juni. 9.30: Schulfunk. Von unsern deutschen Brüdern in Böhmen: Wohlauf ihr Wanderer! Substanzreiches Volkslied. — Eine Wanderung von Friedrichs-Reisenberg-Abzug nach dem Egerland. — Unter Hans hat Hosen an. Substanzreiches Volkslied. Ausf.: Wandergruppe des Grenzschutzhilfs der schlesischen Jungmannschaft. • 16: Bücherkunde. Klare Marek: Romane zur Zeitgeschichte. • 18.30: Unterhaltungskonzert. Funtkapelle. Mtkm.: E. Popewski (Klavier), Sr. Janz (Violine), C. Beder (Cello). • 18: Dr. Kempner: Wirtschaftliche Zeitfragen. • 18.25: F. Stiemer: Arbeit, Beruf und Wirtschaft. • 19: Dr. Kohn: Untermiete und Tausch. • 19.30: Berlin: Volksminister a. D. Giesberts: Der Köhner Dom. • 20: Etagenhaus. Ein Hörspiel von D. A. Palsch. Personen: Redakteur; Tänzer, Schriftsteller; Herr E.; Mutter Schmidt; Tochter Schmidt; Anna; Krause; Frau Krause; Rimmer; Hanschen u. Adolf; Minna, Dienstmädchen; Nebelmann; Frau Nebelmann; Dr. Johanning; Moorlon; Komonist; Rentier Max; Frau Max; Witwe Sieble; Dienstmädchen; Hauskälterin. • Anchl.: Musikonzert der Funtkapelle. • 22.30: Tanzmusik des Tanz-Orchesters Günther Säusler.

Freitag, 7. Juni. 18: Hausfrauenbund Breslau: Landwirtschaftl. Lehrerin Anni Graemer: Die Batterien und ihre Beziehungen zur Hausfrauenarbeit. Sprecherin: Margarete Dänken. • 18.30: Sing- und Spielmusik. Hindemith: Ein Jäger aus Kurpfalz, der reitet durch den grünen Wald. Für Streicher und Bass. — Mein: Aus „Kleine Muffeln und Kantaten“. — Hindemith: Aus „Acht Kanons für zwei Singstimmen mit Instrumenten“. — Hindemith: Fünf Stücke für Streicher. — Stern: Aus „Alte Schweizer Lieder“. — Hindemith: Frau Musica. Nach einem Text von Martin Luther. — Aht Stücke für Streicher. — Weber: Aus „Musik nach alten Volksliedern“. — Hindemith: Spielmusik für Streicher, Klavier und Oboen. — 18: E. Breiten Wälder und dem See „Schwarze Lade“. • 18.25: Oberpostinspektor Rajowski: Reist nie ohne Volkstheater. • 19: U. Bierak: Sozialversicherung oder Zwangs sparen. • 19.25: Wetter. • 19.30: Berlin: Einführung in die Oper des Abends. • 20: Städtische Oper Charlottenburg: „Elektra“. Tragödie in einem Aufzuge von S. von Hofmannsthal. Musik von Rich. Strauß. Berl.: Klammestra; ihre Tochter; Elektra, Chrolothea; Agathe; Drest; der Pfleger des Drest; die Vertraute der Klammestra; die Schlepenträgerin; die Aufseherin. • Anchl.: Reichstagsbericht.

Sonntag, 8. Juni. 16: Bücherkunde. • 16.15: Neue Lärze. Funt-Jazzband. • 17.45: Dr. Hamburger, Herb. Bahlinger: Die Filme der Woche. • 18.20: Esperanto. • 18.30: Dr. Bender: Probleme der Bevölkerungspolitik. • 19.25: Wetter. • 19.25: Prof. Dr. Hanisch: Panlawische und europäische Gedankenrichtungen. • 19.50: Vom Hundertsten ins Tausendte. Ilse Wolkahn, Dr. Fr. Wenzel. • 20.15: Abendunterhaltung mit Ludwig Manfred Rommel und Hans Priem (Tenor). Funtkapelle. Gesungen: Fahrend Woll! Lustige Duu. — Drei Jahre Kunzendorf. — Lärze: Glühwürmchen-Duett aus „Nachtstra“. — Lärze: Wolgalied. „Willst du?“, Kolende Wellen, aus „Der Zarowitsch“. — Lärze: Serenade. — Lärze: Aus „Friederitz“. D wie schön, wie wunderbar; Friederitzlein; D Mädchen, mein Mädchen. Ein Herz wie Gold so rein. — Fall: Heinicke-Rheinländer aus „Der fidele Bauer“. — Neues aus Kunzendorf. — Reinbel: Elfer-Marsch. • 22.30: Berlin: Tanzmusik.

Sprottau

Wieht der Mordfall Schöpsle unangeführt? Der Mordfall Schöpsle scheint endgültig unangeführt zu bleiben, falls sich der Mörder nicht selbst verrät. Die Polizei nimmt nicht mehr unbedingt an, daß ein auswärtiger Täter in Frage kommt, sondern verfolgt nun auch Spuren im Kreise Sprottau selbst.

Glogau

Die „Herrschaft“ Primtenau übernommen

Am Donnerstag und Freitag fand die Übernahme der „Mödiol-Herrschaft“ Primtenau durch die Stadt Glogau statt. In den Besitz der Stadt sind damit für 1 550 000 Mark, die am 1. Juni bezahlt wurden, 6000 Morgen Wald, 460 Morgen Park, ein Sandsteinschloß, andere Schloß- und mehrere Wohngebäude, das Rittergut Luisenhof, das 1600 Morgen groß ist, übergegangen.

Wieder ein Mühlenbrand. In der Fiedler-Mühle entstand ein Brand, dem ein großes Scheunengebäude mit Stroh- und Heuvorräten, Maschinen und Möbelstücken zum Opfer fiel. Zwei Pferde und zwanzig Zuchthühner sind verbrannt. Die Hausbewohner lagen noch im tiefsten Schlafe, als die Feuerwehr schon herandrückte, und wurden von den Feuerwehrleuten in Sicherheit gebracht.

Liegnitz

Und das nennt sich „Arbeiterblatt“

Bezeichnend für die Einschätzung der „Liegnitzer Volkszeitung“ ist die Tatsache, daß dieses Blatt in letzter Zeit sogar von bürgerlichen Organisationen als Infektionsorgan benutzt wird. Und noch bezeichnender ist es, daß die „Volkszeitung“ ansichtslos berattige Inferrate aufnimmt. Angeblich unterstützt sie die freien Gewerkschaften, was sie jedoch nicht hindert, Inferratsrate von bürgerlichen Gewerkschaftsbund der Angehörten aufzunehmen und für ihn zu agitieren. (Sieh: Freitagnummer!) Oder die „Volkszeitung“

behauptet, für den Arbeiter Sport zu sein, während sie andererseits Inferrate vom kaiserlichen (schwarzweißen) Allgemeinen Deutschen Automobilklub und von bürgerlichen Schwimmvereinen bringt. (Sonntagnummer!) Ein charaktervolles Blatt! Aber die Leute denken halt auch: Geld stinkt nicht!

Der Staatsanwalt antwortet

Auf unsere „Anfrage an den Staatsanwalt“ antwortet uns die Justizpressestelle: „Es ist nicht wahr, daß der Strafgefangene Wald in gefesselterm Zustande in seiner Zelle von zwei Mitgefangenen in Gegenwart eines Strafanstaltsbeamten geschlagen worden ist. Es ist auch nicht wahr, daß Wald in gefesselterm Zustande die Kellertreppe hinuntergestoßen worden ist, als er in die Arrestzelle gebracht werden sollte. Dem Strafanstaltsvorsteher in Pignitz ist auch nichts davon bekannt, daß Wald gegen Mitgefangene Strafanträge wegen Körperverletzung gestellt hat. Die Notiz Ihres Blattes geht offenbar auf Vorgänge zurück, die länger als ein Jahr zurückliegen. Damals mußte Wald, der sowohl als Untersuchungsgefangener wie auch als Strafgefangener sich außerordentlich gewalttätig gezeigt und mehrfach die gesamte Einrichtung seiner Zelle und seine Kleidung zerstört und zertrümmert hat, auch Mitgefangene und Beamte angegriffen hat, mit Hilfe zweier anderer Gefangener gefesselt und in die Arrestzelle geschafft werden. Mißhandlungen sind hierbei nicht vorgekommen, es ist vielmehr dem Gefangenen gegenüber nur die Gewalt angewandt worden, die nötig war (? Die Red.), um seine Angriffe abzuwehren und seinen Widerstand zu überwinden.“

Selbstmord eines Jugendlichen

Am Montagmorgen nahmen Bewohner des Hauses Steinweg 15 Gasgeruch wahr. Sie forschten nach und fanden den erst zwanzigjährigen Erich Neumann tot auf. Aus einer hinterlassenen Mitteilung geht hervor, daß er wegen Vorwürfen, die ihm seine Braut gemacht hatte, aus dem Leben schied.

Werbt für die Arbeiter-Zeitung

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
 Von Sonnabend, den 1. 6. bis Sonnabend, den 8. 6. täglich 20.15 Uhr. Zum ersten Male! Saisonverkauf 1929. Komme im Lobetheater. Texte: Max Dohals. Musik von Harry Walton.

Thalia-Theater
 Von Sonnabend, den 1. 6. bis Sonnabend, den 8. 6. täglich 20.15 Uhr. Der Mann, der seinen Namen änderte. Stück in 3 Akten von Edgar Wallace, deutsch von Hans Kotke.

Schauspielhaus
 Operettenbühne Tel. 36300
 Täglich 20 Uhr
Gastspiel
 des Kammerjägers **Serge Abranovic Friederite**
 Dienstag, 20 Uhr
Gastspiel
 des Kammerjägers **Serge Abranovic Friederite**
 Zum 25. Male.

Sie verdienen Sie täglich
 10 Mark mit Schafstadel. Nur persönl. kommen.
Reste
 in Serge, Kiste, Schwanau, Aermeljater, Roffaar, Gara, Roffaar, Kernseife, Erdal alles sehr billig prima Ware.
Detail und Versand
Berth. Lippert
 Dresden
 Scherichstraße 18
 Filiale: Bismarckstr. 17
 Weißberggasse 43

Ziehung vom 12. bis 18. Juni 1929

Adre groBe
Volkswohl-Lotterie
 48098 Gewinne u. 2 Prämien im Gesamtwert von

430000 RM
150000 RM
75000 RM
100000 RM
50000 RM
40000 RM
20000 RM

Lose zu 1 RM. Doppellose 2 RM.

Glücksbriefe mit 5 Losen sortiert aus versch. Tausenden **5 RM.**

Glücksbriefe m. 10 Losen sort. a. versch. Tausend. **10 RM.**

Partizipationschein 25 RM. In allen durch Postbank handel. Verkaufsstellen.

H. C. Kröger A. G., Berlin W 8
 Friedrichstr. 192-193 Postscheckkonto: Berlin 215
 Sämtliche Gewinne auf Wunsch 90% bar

Stadttheater Breslau
 (Opernhaus)
 Dienstag, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie F 20
Die Fledermaus
 Mittwoch, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie G 20
Zieland
 Donnerstag, 20 Uhr
Fra Diabolo
 Freitag, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie H 20
Ser und Zimmermann

Deutscher Baugewerksbund Waldenburg
 Mittwoch, 5. Juni, abends 1/2 7 Uhr
Mitgliederberfammlung
 im „Eisernen Kreuz“, Altwasser.

Gnte Möbel
 zu niedrigen Monatsraten
 Monatrate
 Schlafzimmer v. 30.-
 Wohnzimmer v. 30.-
 Küche von 15.-
 Einzeilmöbel
 Polsterwaren
 eigener Werkstatt
 gleich günstig
 Katalog gratis
 Teilzahl. gestattet
 Giesel, Brüderstr. 23

Quabis-Brot
madel Wangen rot

Überall erhältlich. Überall erhältlich.

Genossen beachtet unsere Inserenten!